

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 25 Pf. bei uns Haus...

Worms

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsbeständige Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntags: Am Morgenblatt, Nr. 151 90-151 97.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonntags: Am Morgenblatt, Nr. 151 90-151 97.

Heftiges Ringen um Vaux und bei Douaumont

Finnländische Militärfragen.

Von einem finnischen Genossen wird uns geschrieben:
In der letzten Zeit war in der russischen Presse oft die
Rede vom glücklichen Finnland. Dabei wurde beson-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
10. März 1916. (B. Z. S.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Auf dem westlichen Maasufer wurden bei der Säuber-

können, und ihr Charakter sollte vollständig verändert, allen
übrigen russischen Truppenteilen gleich gemacht werden:
finnische Rekruten sollten in russische Truppenteile und Stufen...

diese Antwort reagierte die russische Regierung durch die
Ernennung des Generals Bobrikow zum Generalgouverneur von
Finnland. - Bei der Eröffnung des Landtags - den...

Rasse Finnlands zu entnehmen, und zwar nicht mehr in der ursprünglichen Höhe, sondern sie ging bald dazu über, die Summe jährlich um eine Million zu erhöhen und so die Summe bis 1920 auf 20 Millionen jährlich anzuwachsen zu lassen. Bei 20 Millionen sollte sie dann stehen bleiben — „bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung“. Im laufenden Jahre beträgt die Summe 16 Millionen, im nächsten 17 usw.

Von 1905 an ist russischerseits wiederholt betont worden, daß mit den jährlichen Geldsummen, die Rußland aus den Mitteln Finnlands eigenmächtig entnimmt, „die persönliche Dienstpflicht der Finnen abgelöst wird“. Finnischerseits wird die Angelegenheit anders beurteilt: Die russische Gewalt hat die gesetzliche Militärorganisation des Landes mutwillig zerstört und somit den Finnen den Militärdienst unmöglich gemacht. Denn anders als auf Grund von Landesgesetzen halten sich die Finnen nicht für dienstpflchtig. Auch die Geldablösung ist nichts weniger als gesetzlich. Wegen die ungeheure Entnahme der Kontributionen hat sich die finnische Volksvertretung oft ausgesprochen und eine endgültige gesetzliche Regelung der Militärfrage gewünscht. Dem ist aber die russische Gewalt bisher ausgewichen. Jetzt dürfte es ihr — angesichts des großen Bedarfs an Kanonenfutter — wohl sehr unangenehm sein. Denn Finnland könnte vielleicht auf zirka 300 000 wehrfähige Männer geschätzt werden, die Rußland jetzt gebrauchen könnte. Wenn aber Rußland während des Krieges noch nicht daran gegangen ist, die finnischen Männer zwangsweise unter die Waffen zu pressen, so wohl aus dem Grunde, weil es fürchtet, jetzt dieselben schlimmen Erfahrungen zu machen, wie während der Zwangsrekutierung von 1902 bis 1905. Eine solche Niederlage wäre während des Krieges noch unangenehmer als damals. Eine Zwangsmobilisation in diesem Umfange und direkt zu Kriegszwecken könnte aber auch das ganze Land in Aufruhr versetzen. Denn in Finnland ist der Krieg nichts weniger als populär, und die russische Gewalt hat sich auch während des Krieges keinerlei Mühe gegeben, um die Sympathien des Volkes zu gewinnen. Sie hat im Gegenteil alles getan, um sich immer mehr in Mißkredit zu bringen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. In den Argonnen setzte unsere Artillerie ihr Feuer auf die Verbindungsstraßen des Feindes fort, namentlich in den Ostargonnen in der Gegend von Montfaucou und Nantillois. Westlich der Maas versuchte der Feind im Laufe der Nacht zu wiederholten Malen, seine gestrigen Mißerfolge wieder gut zu machen. Zwei Angriffsvorläufe gegen das Dorf Belhincourt, denen eine kräftige Artillerievorbereitung voranging, wurden durch unser Sperrfeuer angehalten, das den Feind verhinderte, sich zu entwickeln. Im Rabenwalds konnten die erneuerten Anstrengungen des Feindes uns nicht aus dem breiten wiedereroberten Geländestück, welches wir besetzen, hinauswerfen. Westlich der Maas wurde der Kampf gestern bis zum späten Abend und im Laufe der Nacht mit Erbitterung in der Gegend zwischen Douaumont und dem Dorfe Vaux fortgesetzt. Die Deutschen richteten mit starken Kräften mehrere Angriffe gegen unsere Stellungen. Trotz der Heftigkeit seines Artilleriefeuers und der Kraft seiner Stürme konnte der Feind unsere Linie nicht zum Weichen bringen, sondern wurde vollständig zurückgeschlagen. Einige deutsche Infanterieabteilungen, die einen Augenblick in das Dorf Vaux eingebrungen waren, wurden sogleich durch einen Bajonettangriff daraus vertrieben. In der Woivre zeitweiliges Bombardement von beiden Seiten ohne Infanterieunternehmung. In Votzringen gestattete uns ein Handstreich westlich vom Priesterwalde, etwa 20 Gefangene zu machen.

Paris, 10. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend. In Belgien beschloß unsere Artillerie die feindlichen Stellungen südlich von Lombaritzhe. In der Champagne haben wir wirksam feindliche Verteidigungswerke westlich Kaborin, östlich der Wutte Resnil und in der Gegend von Massiges beschossen. Westlich der Maas führen unsere Truppen fort, im Laufe des Tages im Rabenwalds Fortschritte zu erzielen, den sie beinahe vollständig besetzt halten. Westlich der Maas richteten die Deutschen mehrere Angriffe auf unsere Front von Douaumont bis Vaux. Als sie aus dem Dorfe Douaumont hervordrangen, wurde der Angriff durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer gebrochen. Stützeangriffe auf das Dorf Vaux wurden gleichfalls unter großen Verlusten für den Feind abgewiesen. Schließlich unternahmen die Deutschen gegen unsere Gräben, welche den Fuß der Abhänge der von dem Fort Vaux gekrönten Vergkluppe einnahmen, heftige Angriffe mit geschlossenen Massen, die zurückgeworfen wurden, wobei sie infolge unseres Sperrfeuers ungeheure Verluste erlitten. Mittenhalten Artillerietätigkeit. Im Woivre zeitweise ausgedehnte Beschließung. Im Oberesah haben wir nach einem Kampf mit Handgranaten ein feindliches Grabenstück in der Gegend zwischen den beiden Tälern der Lague östlich von Obersept genommen.

Belgischer Bericht. Weidenseitige Artillerietätigkeit, besonders in der Gegend von Dignaulden und weiter nördlich.

Die englische Meldung.

London, 10. März. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Donnerstag: Gestern abend schlugen wir einen kleinen Angriff in der Nähe der Höhen von Berncourt ab. Heute sprengte der Feind eine Mine bei Givensh, unternahm aber keinen Infanterieangriff. In der Umgebung von Spert fand beiderseits lebhafteste Artillerietätigkeit statt.

Hervé über die Lage bei Verdun.

Bern, 9. März. (W. Z. V.) Zur Veruhigung des Publikums verbreitet die Agence Havas angebliche Auslagen deutscher Gejangener aus der Schlacht von Verdun, die die fürchterliche Wirkung der französischen Artillerie, die Mutilität in den deutschen Reihen und das völlige Scheitern des Angriffsplanes hervorheben. Ganz anders nimmt sich ein Leitartikel Hervés in der „Victoire“ aus, der eine ganze Reihe besorgter Fragen an die Regierung richtet. Hervé fragt: Sind genügend tiefe Stacheldrähte gezogen? Liegen die Reserven gegen das feindliche Feuer gedeckt? Hat man Miniere für die letzten Verstärkungen zur Hand? Sind genug Lebensmittel aufgestapelt, falls das Sperrfeuer das Heranbringen neuer hindert? Werden überall Generalstabsoffiziere am Platze sein? Ist reichlich Geschütz — Geschützmaterial zur Stelle? Wegreifen unsere Führer die außerordentliche Wichtigkeit eines französischen Sieges bei Verdun? Hervé fürchtet eine Bedrohung der Eisenbahn Verdun—Paris. Er erkennt das erfolgreiche Vorgehen der Deutschen an, indem er u. a. schreibt: Man muß dem deutschen Generalstab zugeben, daß er die Dinge immer groß anlegt und Sinn für das Gewollte hat. Die einzige Gefahr für uns ist gegenwärtig, daß wir die Stärke des Gegners unterschätzen.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 10. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 9. März. Westfront: Eine starke deutsche Kolonne versuchte bei Schloß Rodenkufen östlich Friedrichstadt die Düna zu überschreiten, sie wurde jedoch durch unser Feuer zur Umkehr gezwungen. Nordwestlich Jolobstadt beschloß deutsche Artillerie unsere Unterstände. Feindliche schwere Artillerie beschloß den Ort Iwenshof und die Bahnhöfe Jargrad und Raggel (an der Düna, südlich Iwenshof). Bei Jlagut vernichteten unsere Jagdkommandos einen feindlichen Posten und machten Gefangene. Nordwestlich des Bahnhofs Dhta (41 Kilometer nordwestlich Nowo) drangen Aufklärer von uns am hellen Tage in einen feindlichen Graben ein, ein Teil der Verteidiger wurde niedergeschossen, der andere gefangen genommen. An der oberen Iwra zerstreute unser Feuer eine stärkere feindliche Abteilung, als sie gegen unsere Gräben vorgehen wollte.

In Galizien bei Cebrow (21 Kilometer nordwestlich Larnopol) ging der Feind unter dem Schutze von Feuerweilen seiner Artillerie zu einem nächtlichen Angriff vor, der jedoch durch unser Infanteriefeuer abgewiesen wurde, auch dort machten wir Gefangene.

Kaukasusfront: In der Küstengegend warfen Abteilungen von uns die Türken über den Fluß Kalapotamos (Kahala, 22 Kilometer südöstlich Ktina) zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. März. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Donnerstag. In den hohen Gebirgsgegenden hält das schlechte Wetter an. Der Feind sucht es zu unserem Nachteil zu benutzen. So brachte er in der Gegend von Sagacio (Hospital des Trabenanges) durch Granaten von großer Explosivkraft Lawinen gegen unsere Stellungen zum Absturz, ohne indessen dort Schaden anzurichten. Trotz der Ungunst der Jahreszeit und der Nachstellungen des Feindes harrten unsere Truppen in ihrer ruhigen und lähnen Tätigkeit aus. In den letzten Tagen gelang es ihnen, unsere Stellungen in dem rauhen Abschnitt zwischen dem ersten und zweiten Losana ein wenig vorzutragen. Im mittleren Isonzotal wurden im Abschnitt von Jagora einige Fortschritte erreicht. Gestern bekämpfte unsere Artillerie an der ganzen Front die des Gegners. Sie zerstreute feindliche mit Befestigungsarbeiten beschäftigte Truppen und beschloß wirksam Reserven und Baracken hinter der Front.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 10. März. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: Nachdem der Feind an der Irakfront östlich von Gelahie keinen Erfolg mit seinen vorbereiteten Angriffen gehabt hatte, hatte er seit einem Monat zu allen möglichen Mitteln seine Zukunft genommen, um sich unseren Stellungen zu nähern. In den letzten Tagen hatte der Feind sich bis auf 150 bis 200 Meter unseren vorgeschobenen Schützengräben genähert und durch Anzeichen verraten, daß er einen entscheidenden Angriff vorbereite. Am 8. Februar morgens griff der Feind von rechten Ufer des Tigris mit seinen Hauptkräften an. Der Kampf dauerte bis Sonnenuntergang. Der Feind hatte mit Hilfe von Unterwürigen, die er eilig mit seiner Stromflotte auf diesen Hügel gebracht hatte, einen Teil unserer Schützengräben besetzen können, aber dank einem kräftigen und heldenhaften Gegenangriff unserer Reserven wurden die vom Feinde besetzten Gräben vollkommen wieder erobert, und der Feind nach seinen alten Stellungen zurückgejagt. Der Feind ließ in den Gräben 2000 Tote und eine große Menge von Waffen und Munition liegen. Unsere Verluste sind verhältnismäßig geringer. Keine wichtigen Nachrichten von anderen Fronten.

Kämpfe bei Kut el Amara.

London, 9. März. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. General Aylmer rückte am 8. März auf dem rechten Ufer des Tigris vor und erreichte Ezzim, eine Stellung sieben Meilen östlich von Kut el Amara. Die Stellung wurde angegriffen, aber Aylmer vermochte den Feind nicht daraus zu vertreiben. Aylmer meldet, der Feind leide sehr und zeige, abgesehen von Verstärkungsarbeiten an seiner Stellung, keine Tätigkeit. Unsere Verluste seien nicht schwer.

Zwei englische Kriegsschiffe auf Minen gelaufen.

London, 10. März. (W. Z. V.) Die Admiralität teilt mit, daß der Zerstörer „Esquvette“ und das Torpedoboot Nr. 11 an der Ostküste auf Minen liefen und versanken. Vier Offiziere und 41 Mann sind ertrunken.

Vom U-Bootkrieg.

London, 10. März. (W. Z. V.) Lloyds meldet: Die französische viermastige Bark „Ville de Havre“ wurde versenkt. Zwei Mann der Besatzung sind tot.

Beschlagnahme von Effekten sendungen der holländischen Post durch England.

Amsterdam, 10. März. (W. Z. V.) Im „Handelsblatt“ wird mitgeteilt, daß Effekten sendungen der holländischen Post von den englischen Behörden beschlagnahmt wurden. Nach Telegrammen aus New York ist nur ein Teil der angeforderten Effekten und Coupons dort eingetroffen. Es wurden auch Coupons aus rein holländischem Besitz zurückgehalten. Die englischen Behörden haben die wenig tröstliche Mitteilung nach Holland gelangen lassen, daß die zurückgehaltenen Effekten vor ein Pflanzgericht kommen sollen.

Bernstorffs Mitteilung über den U-Bootkrieg an Lansing.

Amtlich. Berlin, 10. März. (W. Z. V.) Der Kaiserliche Botschafter in Washington hat im Auftrage der Kaiserlich Deutschen Regierung dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten folgende Mitteilung gemacht:

Die Kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung noch einmal mit aller der Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem ehelichen Bunde der Kaiserlichen Regierung, diese vor Trübungen zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat die Deutsche Regierung auf Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sich sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechts-Erklärung zu ratifizieren. Die deutsche Präsenordnung wurde schon vorher auf Grund der Bestimmungen der Londoner Seekriegsrechts-Erklärung ohne jede Einschränkung erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die dem legalen Handel der Neutralen — auch mit den Kriegsführenden — Freiheit des Meeres sicherten, deutscherseits in vollem Umfange berücksichtigt werden sollten. England hat es im Gegensatz hierzu abgelehnt, die Londoner See-

kriegsrechts-Erklärung zu ratifizieren, und begann nach Ausbruch des Krieges den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen. Den systematischen Verschärfungen der Konterbandenbestimmungen vom 5. August, 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 8. November 1914 der Erlass der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als ein Kriegsgebiet anzusehen sei, in welchem die Handelsfahrts jeder Art den schwersten Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt sei. Der Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkt an gab es kaum noch Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland. Im Februar 1915 sah Deutschland sich gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte für seine Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt noch nicht geregelt war, brach damit sein geltendes Recht, sondern trug nur der Eigenart der neuen Waffe — des U-Bootes — Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bildete eine Gefahr, der durch besondere Warnung begegnet werden sollte, entsprechend der vorausgegangenen englischen Warnung vor den Gefahren des Kriegsgebietes der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trat, da beide kriegsführenden Parteien, in der deutschen Note vom 17. Februar 1915 und in der englischen Note vom 18. und 20. Februar 1915, den Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur Vergeltung der Rechtsbrüche der Gegner sei, an beide kriegsführenden Parteien heran, um nochmals zu versuchen, das vor dem Völkerrecht anerkannte Völkerrecht wieder zur Geltung zu bringen. Sie forderte einerseits Deutschland auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Seekriegsmittel anzupassen, andererseits England, Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen.

Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, während England am 15. März eine Verhinderung auf Grund der amerikanischen Vorschläge ablehnte. England besetzte sogar durch seine Order vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtswidrigen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern; der Zweck war, Deutschland durch Auszehrung zu bezwingen. Trotzdem entsprach Deutschland in weiteren Verlauf des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger zum Leben gekommen waren, in der praktischen Verwendung seiner U-Boots-Waffe den Wünschen der Regierung der Vereinigten Staaten in so entgegenkommender Weise, daß die Rechte der Neutralen auf legalen Handel tatsächlich deutscherseits überall unbeschränkt waren.

Kunmehr macht England dem U-Boot die Ausübung des dem Völkerrechtbestimmungen entsprechenden Handelskrieges dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelschiffe bewaffnete und angreifbarsten Gebrauch der Geschütze anordnete. Die Photographien der englischen Befehle sind den neutralen Regierungen mit der Dentschrift vom 8. Februar 1916 zugestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914. Die kaiserliche deutsche Regierung hat gehofft, daß dies Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 23. Januar d. J. gemachten Entwaffnungsvorschläge intransigenter würde, die Entwaffnung der Handelschiffe durchzuführen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiterbetrieben worden.

Der Grundsatze der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benutzt, Handelschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können nämlich Kaufahrtschiffe die U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord geschützt glauben.

Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelschiffe, falsche Flaggen zu führen und die U-Boote zu rammen; die Nachrichten über ausgezahlte Prämien und Verleihung von Ehrenzeichen an erfolgreiche Handelschiffsführer zeigen die Wirkung dieser Befehle. Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen.

Jetzt sieht Deutschland vor der Tatsache:

- a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (vgl. amerikanische Note an England vom 8. November 1915) seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht;
- b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandenbestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einundhalb Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern;
- c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10. Januar 1916) jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben;
- d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatz „Recht über Recht“ den Verkehr mit Deutschland über die Hongregrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen;
- e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angegriffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden;
- f) daß unsere Gegner ihre Handelschiffe für den Angriff bewaffnet und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich gemacht haben (siehe deutsche Dentschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weisbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahme Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist.

Die kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden haben, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschweren Verständigung zwischen beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.

Keine Warnung vor der Benutzung bewaffneter Handelschiffe.

Washington, 9. März. (W. Z. V.) Meldung des Heuterischen Bureau's. Staatssekretär Lansing hat eine nachdrückliche Erklärung veröffentlicht, in der er die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, die Amerikaner würden eine indirekte, aber wirksame Warnung vor der Benutzung bewaffneter Handelschiffe erhalten, von Anfang bis Ende für falsch erklärt.

Gefechte im Kilimandscharogebiet.

London, 10. März. (W. Z. V.) Kriegsbericht aus Ostafrika. Die Truppen unter Smuts rückten gegen die deutschen Streitkräfte im Gebiet des Kilimandscharo vor. Smuts bemächtigte sich am 7. unter unbedeutenden Verlusten der Uebergänge über den Lumisfluß. Mehrere feindliche Gegenangriffe wurden erfolgreich abgewiesen.

Die Bedeutung der Wahl des Genossen Enderli.

Am 5. März ist bei der Wahl eines Bezirksrichters in Zürich der Bürgerliche Dr. Hans Kappeler unserem Genossen Enderli unterlegen. Zwar stehen noch die Stimmen eines Teils der mobilisierten

Truppen aus, aber man nimmt allgemein an, daß sich das Stimmenverhältnis nicht sehr verändert wird und daß Genosse Enderli, der 14 067 Stimmen erhielt, während Dr. G. Keppli es auf 18 788 brachte, Sieger bleiben wird.

Bereits im Jahre 1918 kandidierte Enderli für den Posten eines Bezirksrichters, unterlag damals jedoch mit 704 Stimmen, die er weniger hatte als sein Gegner. Der Umsturz in diesem Jahre erhält nun eine besondere Bedeutung dadurch, daß die Bürgerlichen nicht nur dem sozialdemokratischen Kandidaten, sondern auch den Anhängern der Partei über den Oberstenprozess eine empfindliche Niederlage bereiten wollten. Das wird ganz deutlich in dem bürgerlichen Blatt „Journal de Genève“ ausgesprochen, dessen Ausführungen wir hier folgen lassen.

Es ist immer debauerlich, daß sich die Politik in die juristischen Fragen hineinmischte. Aber diesmal hat man sich von der einen und von der anderen Seite auf das Terrain begeben. Die Proklamation der Vereinigung der bürgerlichen Parteien hat die Wähler, nachdem sie sie an die Freisprechung der Obersten erinnert hatte, aufgefordert, den Sozialisten eine ernste Lehre für die Haltung, die sie in dieser Affäre eingenommen haben, zu erteilen.

Und das Resultat? Ein Gewinn von 900 Stimmen für die Sozialisten und ein Verlust von beinahe tausend Stimmen für die bürgerlichen Parteien. Die Enttäuschungen sind — vor allem in der Stadt — zahlreich gewesen. Und die Wähler, die, ohne ihre Stimmen einem sozialistischen Kandidaten geben zu wollen, zu Hause geblieben sind, hatten gute Gründe dazu.

Diese Abstimmung ist der Ausdruck der Unzufriedenheit, die die Affäre der Obersten in gewissen öffentlichen Kreisen hervorgerufen hat. Es ist deshalb nicht nötig, daß die antimilitaristischen Sozialisten ihre Sache als gewonnen ansehen. Sicher ist das Züricher Volk weit davon entfernt, den Ideen, die dem Herrn Raine teuer sind, zuzustimmen. Aber es hat ganz von selbst gefunden, daß der Augenblick gekommen ist, um gegen andere, kaum weniger gefährliche Tendenzen zu reagieren, die sich im Züricher Prozess kundgetan haben. Deshalb nimmt diese Abstimmung vom 5. März als Epilog des Prozesses und als Prolog der Session der vereinigten Kammern eine politische Tragweite an, die nicht verkannt werden darf. Das Resultat ist um so bedeutungsvoller, als die am Anfang des Krieges sehr geschwächte sozialistische Partei in der letzten Zeit eine Reihe von inneren Meinungsverschiedenheiten infolge des gegen die Christlicher ausgesprochenen Ausschlusses war. Das hier macht sie wieder flott.

Asquiths Ablehnung der Friedenswünsche hat nichts zu bedeuten.

Im Anschluß an die Erklärung, die Asquith im Unterhause in der Friedensdebatte gab, meinte der „Economist“ vom 20. Februar: Der Premierminister könne sich wirklich nicht wundern, daß man zu wissen wünsche, wie seine Worte eigentlich aufzufassen sind?

„Eine wörtliche Auslegung ist unmöglich. Belgien und Serbien können nach dem Kriege nicht besser daran sein als sie vorher waren. Selbst der Friede kann die Toten nicht wieder erwecken. Was bedeutet eine „angemessene Sicherheit für Frankreich?“ Schließen die kleineren Nationen Europas die des europäischen Kontinents ein?

Natürlich muß zugegeben werden, daß die diplomatische Lage sehr schwierig ist. Jeder kluge Mensch muß in seine Meinung über das, was wünschenswert und was erreichbar ist, von jedem anderen mehr oder weniger abweichen. Wahrscheinlich konnte das Kabinett sich nur auf eine Wiederholung der alten Phrasen einigen, und wahrscheinlich wird irgendeine Bewegung in der Richtung auf den Frieden von dem Festlande oder von den Neutralen kommen müssen.

Die Uninteressiertheit Großbritanniens muß genügend klar sein. Wenn wir wünschen, daß Belgien, Polen und die Balkanstaaten frei und unabhängig sind, so geschieht das nicht, weil wir irgendwelche Pläne der Gebietserweiterung haben.

Lang bevor Mr. Gladstone die Homerule für Irland auf das liberale Programm schrieb, war es eine Ueberlieferung der britischen Diplomatie, für die Nationen Europas Selbstregierung zu befürworten. Indessen war es eine noch gleichmäßigere und kräftigere Ueberlieferung der britischen Diplomatie, die Lehre von dem europäischen Gleichgewicht zu unterstützen — eine Lehre, die trotz aller politischen Vorbehalten, die sie in der Vergangenheit gefördert haben mag, mindestens stets gegen die vollendete Torheit sprechen wird, die in dem Versuche liegt, große Nationen aus der Welt zu vertilgen.

Tatsächlich besteht unserer Meinung nach durchaus keine Notwendigkeit, die Rede des Premierministers dahin auszuliegen, daß sie einem solchen vernünftigen Friedensschlusse ungünstig sei, der nicht in sich die Saat eines anderen Krieges oder einer Reihe von Kriegen trägt. Denn Mr. Asquith ist, wie wir immer wieder merken, nicht nur Staatsmann, sondern Rechtsanwalt, und da er es für richtig hält, mit Hinweis zu arbeiten, so müssen wir, solange kein Worterklärer auftritt, einen Hinweis durch einen anderen deuten. Ehe er seine Guildhall-Rede vom 9. November 1914 zitierte, bezog er sich auf eine Rede, die er noch früher im Kriege in Dublin gehalten hatte, und erklärte, daß der Teil, der von Mr. Trevelyan zitiert worden war, einer sei, „an welchem ich in jeder Richtung festhalte.“

Diesemgen also, die aus dem hastigen Lesen der Rede Asquiths folgern, er sei weniger zum Frieden geneigt als die Minister Frankreichs, Rußlands oder Italiens, können vielleicht ihre Meinung einer Neurevision unterziehen, namentlich, wenn sie die ganze Dublin-Rede und die ganze Guildhall-Rede lesen wollen.“ (2)

Sür das Imperium.

London, 9. März. (W. T. B.) Bei einem zu Ehren des australischen Premierministers Hughes abgehaltenen Frühstück, sagte Donat Low u. a.: Wir haben schon früher unsere Bereitwilligkeit gezeigt, die Dominions (Kolonien) zu unseren Beratungen zuzulassen, aber die Dominions haben soviel für uns getan, daß die Lage nach dem Kriege nicht dieselbe bleiben kann. Wir hoffen, nach diesem Kriege ein Reich zu schaffen, das für alle Seiten einbezüglich aufgebaut ist. Der Minister fuhr fort, seiner Meinung nach hänge die Zukunft davon ab, was die Dominions unternehmen werden. Das Mutterland würde jeden von ihnen gutgehenden Vorschlag annehmen. Dinge, die vor dem Kriege unmöglich gewesen wären, werden nach dem Kriege leicht sein und ein großer Schritt nach vorwärts würde nicht schwerer fallen als ein kleiner.

Vertagung der italienischen Kabinettskrise.

Vern, 9. März. (W. T. B.) Die italienische Kabinettskrise hat, wie die Blätter melden, nach den Befehlen der Minister mit dem König zu halbem Zugeständnissen Salandras an die Kammer geführt, wodurch die Krise für kurze Zeit vertagt worden ist. Die Regierung hat nämlich drei Anfragen über wirtschaftliche Thematika zur Besprechung angenommen. Damit kommt

Salandra einerseits den Oppositionisten entgegen, die infolge der wirtschaftlichen Nöte des Volkes einen breiten Teil der öffentlichen Meinung für sich haben. Andererseits gibt er dem Parlament den Beweis einer Rücksichtnahme, die den Eindruck seiner gezielten Halsstarrigkeit in den letzten Tagen zu verwischen geeignet ist.

Deutschlands Wirtschaftspolitik und Rußland

In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Die künftigen Handelsverträge“ schreibt „Kolokol“ vom 22. Februar:

Das wechselseitige Zusammenarbeiten der Völker im internationalen Handels- und Industrieleben ist so sehr ineinander verflochten, daß selbst der europäische Krieg diese Verflechtung nur stören, nicht aber vernichten konnte. Das private Kapital erkennt keine nationale Politik an und sucht dort zu arbeiten, wo es mit der größten Sicherheit den größten Gewinn erzielen kann. Die Rolle des Staates besteht dabei in der Politik der Handelsverträge und Zöllereste, und die Regulierung der handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande gibt dem ganzen volkswirtschaftlichen Leben eines Landes den bestimmten Charakter.

Die Deutschen bereiten schon jetzt in verstärktem Maße die Wiederaufrichtung eines friedlichen Lebens von Handel und Industrie vor und studieren alle möglichen Bedingungen und Veränderungen, welche der Krieg im Innern und im internationalen Leben hervorrufen wird. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge denken die deutschen Wirtschaftspolitiker an einen geschlossenen Handelsstaat. In Zukunft soll nach Ansicht der deutschen Gelehrten das Land in seinem Innern alles produzieren, was das Volk nötig hat. Die Einfuhr von Produkten soll nur aus solchen Ländern erfolgen, welche unter deutschem Einfluß stehen, deshalb sollen die landwirtschaftlichen Zölle nach notwendig gewordenen Veränderungen erhalten bleiben. Selbst große Gelehrte, die auf dem Standpunkt des Freihandels stehen, treten jetzt für den Schutz ein.

Gleichzeitig mit einer Beschränkung der Einfuhr wünschen die deutschen Handels- und Industriekreise eine weitgehende Erweiterung der Ausfuhr. Im Schutze und in der Erweiterung ihrer Ausfuhr sehen die Deutschen eine Befestigung ihrer Weltmacht. Zur Schaffung der künftigen Handelsverträge sammeln unsere Feinde schon jetzt energisch alle Materialien.

Ein vorteilhafter Handelsvertrag mit Rußland erscheint als ein wesentlicher Faktor zum Wohle Deutschlands. Damit nun der Feind uns nach dem Kriege bei der Beratung künftiger Handelsverträge in voller Rüstung finde, müssen auch wir mit ungeschwächter Energie die vorbereitenden Arbeiten in dieser Richtung treiben. Unsere Handels- und Finanzagenten in den verbündeten und namentlich in den neutralen Ländern können uns zu einer Revision unserer Handelspolitik wertvolles Material liefern. Nachdem dieses gesammelt und bearbeitet worden ist, können wir ruhig auf die Erneuerung der Verhandlungen über die internationalen Handelsverträge warten. (2)

Anklagereden in der Duma.

In der Dumasitzung vom 19. Februar (8. März) nannte der Progressist Konowalow, laut einem telegraphischen Bericht der „Frankf. Ztg.“ vom 8. März, das Anwachsen des Budgets einen Beweis für die katastrophalen Schwierigkeiten des Landes. Siedem Anteil des Volkseinkommens fallen dem Kriegsmoloch anheim. Die Möglichkeit brähe, daß die diesjährigen Kriegsausgaben das Volkseinkommen übersteigen. Falls der Krieg 1918 zu Ende käme, werde das Budget 55 Milliarden Rubel betragen, wobei die vergrößerten Zukunftsausgaben noch nicht mitgerechnet seien. Das Tempo des Wirtschaftslebens werde sich nach dem Kriege sehr verringern. Bei anhaltender Teuerung fallen die Arbeitslöhne. Dann werden die Volksmassen im Kampf ums Dasein in elementare Bewegung geraten. Es sei Aufgabe der Behörde, diese Bewegung durch eine Reihe sozialer Reformen in richtige Bahnen zu leiten. Die Kapitalbildung sowie die Anlage fremden Kapitals in Rußland werde sich nach dem Kriege stark verlangsamen. Voraussetzlich können nur die Amerikaner als künftige Weltbankiers sich die Lage zunutze machen und versuchen, mit Rußland Verbindungen anzuknüpfen. Der Redner bezweifelt, ob nennenswerte Mehreinnahmen durch die Einführung der geplanten Monopole geschaffen werden, da damit gleichzeitig viele bisherige Stempelabgaben, Verbrauchssteuern, Lizenzgebühren und Poststeuern wegfallen. Gegenüber dem Ausfall von 700 Millionen durch die Beseitigung des Schnapsmonopols stehen höchstens 250 Millionen aus den neuen Monopolen, die außerdem der privaten Unternehmungslust zuwiderlaufen. Werschinin (Arbeitsgruppe) führte aus, daß die Ersparnis, die das Volk infolge des Schnapsverbotes mache, durch die Teuerung wieder drausgehe.

Der Sozialdemokrat Skobelew führte aus: Der Krieg habe sich allmählich in ein geschäftliches Großunternehmen und einen Kampf gewaltiger Staatsorganismen gegen einander verwandelt. Die Werte, die der Militarismus bisher verschlungen habe, seien mehr als 12 Prozent von allen von der Kulturmenschen bisher gesammelten Reichtümern. Deshalb sei es verständlich, daß in den letzten Monaten die Friedenssehnsucht in allen kriegsführenden Ländern stark gewachsen sei. Die Lösung: „Krieg bis zum Ende“ bedeute einen Krieg ohne Ende. Während die Bourgeoisie in Europa alle Götter der Moral und Tugend entthront, verteidige allein die Arbeiterklasse das kulturelle Recht und kämpfe für eine baldige Beendigung des Krieges. Ein Weiterführen des Krieges bis zu Ermattung bedeute für Rußland die Untergrabung aller Grundlagen seiner selbständigen Wirtschaftsentwicklung.

Wenn England bisher nur 71 Proz. seiner Einnahmen für den Krieg hingab, so gibt Rußland mehr als das gesamte jährliche Volkseinkommen aus. Der Krieg hat England mitten in der Blüte seiner kapitalistischen Wirtschaft, im Besitz großer angehäufter Reichtümer angetroffen. Der englische Bürger erzeugt an Werten das Sechsfache des russischen. Ueber Rußland hing bis zu den Tagen der Katastrophe der Fluch seines historischen Schicksals, ein halbasiatischer Staat mit halbbarbarischen Einrichtungen zu sein; daher kommen die Ausartungen des Glücksjägerums und Besetzungswesens. Unter der Losung der „nationalen Einigung“ versteht man die Verfolgung der Juden und Baptisten. Die Slawen Galtziens hatten ja nun Gelegenheit, sich von den Segnungen der russischen Staatsordnung zu überzeugen. Bezüglich des Budgets stimmt Skobelew den früheren kritischen Ausführungen Schingarew zu. Er erhält wegen der Frage, aus welchem Fonds der neue Regierungschef 5 Millionen Rubel zur Geheimverwendung erhalten habe, eine Ordnungsurkunde. Die Ausgaben für das Unterrichts- und Verkehrsministerium, fuhr Skobelew fort, seien gekürzt, dafür aber aus dem Requisitionenfonds für Geheimausgaben fünf Millionen dem Ministerium des Innern angewiesen worden. In noch schärferer Form als Schingarew habe der Redner seine Bedenken gegen die unbegrenzte Vermehrung des Papiergeldes schon in der vorigen Dumasession geäußert. Schingarew habe ihm damals gesagt, er würde der Arbeiterklasse Rußlands einen großen Dienst erwiesen haben, wenn er seine Äußerungen nicht in den Zeitungen gemacht hätte; die Zeitungen dürften aber seine Worte gar nicht wiedergeben. Ohne die damalige Geheimtuererei wären dem Lande die jetzigen Enttäuschungen erspart geblieben. Niemand prüfte die zuverlässigen Erklärungen, die Suchomlinow damals in der Kommission bei verschlossenen Türen machte. Erst Warschau und Kowno brachten eine Ernüchterung.

Ueber die Bekämpfung der Teuerung sagte der Redner: Ich erwarte von der Regierung, der ich nicht vertraue, die Ausarbeitung eines großen finanzwirtschaftlichen Planes. Ich habe diesen Plan am 9. Februar zur Wiedereröffnung der Duma erwartet, aber er liegt bereits als Geheimzirkular vom 9. Januar vor. Hat nicht der Minister des Innern, dem zu Unrecht Untätigkeit vorgeworfen wird, durch sein Neujahrstelegramm an die Gouverneure, die die Judenreißjagen in Rossau und Kostio verursachten, dort und an anderen Orten genug Tötlichkeit hervorgerufen? Man macht jetzt unsere Wirtschaftsentwicklung vom Kriegsglück abhängig. Wir sind aber die entschiedensten Gegner aller territorialen und wirtschaftlichen Annexionen. Die ersten setzen eine politische Rechtfertigung voraus, die anderen haben einen unerträglichen Charakter. Die Möglichkeit wirtschaftlicher Annexionen hängt hauptsächlich von der Widerstandskraft des wirtschaftlichen Organismus und der Entwicklung eines Landes ab. In diesem Sinne waren wir aber schon bedroht vor dem Kriege, sind wir gegenwärtig bedroht und werden wir später bedroht sein, sowohl von Westen wie von Osten, einerlei, wie auch der Krieg ausgehen möge. Bei der Entwicklung der Produktionskräfte sorgt der Finanzminister nur für die Industrielassen, aber nicht für die Arbeiter, von denen viele tagelöhnerisch hungern. Als einzige Waffe bleibt den Arbeitern der Streik. Den Zeitungen war verboten, über Zustände zu schreiben, aber daß sie vorkommen, ist kein Geheimnis. Sofort erschienen dann Murranschläge, die den Anstand als Hochverrat erklären und vom „Gold feindlicher Agenten“ sprechen. Nur Leute, die selber bis ins Mark veräuflich sind, können die russischen Arbeiter der Verläßlichkeit beschuldigen. Ein Suchomlinow wird nicht dem Gericht übergeben. Suchomlinow soll allerdings gewisse Papiere besitzen, die ihn sichern. Der Landwirtschaftsminister kündigte die Heranziehung von Kulis an. Wir haben nicht gegen ihre Zulassung, wir sind aber gegen einen Massenimport. Man beklagt den Mangel an gelehrten Arbeitern, aber ihr kennt ja den Ausgang der Streiks auf der baltischen Schiffsverft, in den Nikolajewwerken und bei Putilow! Man schickte die besten Leute in die Verbannung oder in die vorderen Schützengräben. Der Redner erklärte schließlich, die Stellungnahme seiner Parteigenossen sei klar und in Uebereinstimmung mit der der Genossenschaftsgenossen aller Länder. Er werde nicht mit dem fortschrittlichen Block die Durchführung des Finanzministers unterschreiben. „Hindert die Volksherrschaft nicht auf ihrem Wege, wie ihr es 1906 getan. Die Stunde der Demokratie wird kommen, dann wird die Zukunft Rußlands in guten Händen sein.“

Zum Schluß verlas Kapnit eine Entschließung des fortschrittlichen Blocks, die die Forderung enthält, daß als Grundbedingung der Niederwerfung des Feindes die Anspannung aller Kräfte unter einer Regierung verlangt werde, die auf das Vertrauen des Volkes gegründet sei und die vollkommene Ueberwindung des gegenwärtigen Verwaltungssystems, das Aufheben aller Willkürherrschaft und bürokratischen Verantwortungslosigkeit verbürge. Die Mehrheit fordert die Ausarbeitung eines breiten Wirtschaftsprogramms auf dem Wege einer fortschrittlichen Gesetzgebung. Die bisherige Regierungsbearbeitung sei entgegen den Wünschen des Landes und der Mehrheit der Volksvertreter, sie gefährde das Land und lege der Regierung die schwerste Verantwortung auf.

Japanische Freundschaftsbeteuerungen für Amerika.

London, 9. März. (W. T. B.) Reuters erklärt, daß bei einem Festmahl in Tokio am 6. März, an dem der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten, der japanische Ministerpräsident und der Minister des Aeußeren teilnahmen, letzterer folgende Erklärung über die japanisch-amerikanischen Beziehungen abgab. Die Beziehungen Japans zu Amerika seien niemals besser oder so gut gewesen, wie heute. Die Beziehungen würden von Jahr zu Jahr idealer und freundschaftlicher werden.

Kriegsbekanntmachungen.

Keine Osterliebesgaben.

Berlin, 10. März. (W. T. B.) Die Heeresverwaltung macht darauf aufmerksam, daß bei voller Anerkennung der Opferbereitschaft der Bevölkerung besondere Osterliebesgaben-sendungen aus Anlaß des bevorstehenden Osterfestes nicht zugelassen werden können. Sie würden eine außerordentliche Belastung der Verkehrsmittel zur Folge haben, die unbedingt vermieden werden muß. Aber auch im Interesse der zurzeit gebotenen Sparsamkeit wäre es unwirtschaftlich, aus Anlaß dieses Festes leicht verderbliche Dinge, wie Eier, Wurstwaren usw. zu verschicken.

Letzte Nachrichten.

Tätigkeit deutscher Seeflugzeuge im Schwarzen Meere.

Amlich, Berlin, 10. März. (W. T. B.) Am 9. März vormittags wurde bei Kaliaza nordöstlich Warna im Schwarzen Meer ein russischer Schiffsverband, bestehend aus einem Linien-schiff, fünf Torpedobootgeschützern und mehreren Frachtdampfern von deutschen Seeflugzeugen angegriffen und mit Bomben belegt. Es wurden Treffer auf Besatzern beobachtet. Trotz heftiger Beschießung durch die Russen kehrten sämtliche Flugzeuge unverfehrt zurück.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Eine Erklärung des englischen Vorkämpfers in Washington.

London, 10. März. (W. T. B.) Reuters meldet aus Washington: Im Anschluß an die gestrige deutsche Note, in welcher England der Vorwurf geschwinder Verhandlungen gemacht wird, hat der englische Vorkämpfer in Washington, Spring Rice, eine Erklärung veröffentlicht, worin er sagt, daß die deutschen U-Boote sich schon vor dem 18. Februar 1915, dem Tage, an welchem der U-Boot-Krieg durch Deutschland begonnen sollte, verschiedener Verbrechen schuldig gemacht haben. Deutschland wirft England, so sagte der Vorkämpfer, rechtswidrige Handlungen vor. England soll sich, so sagt er, nicht an die Londoner Konvention vom Jahre 1909 gehalten haben. Es habe die Kontorbandenliste ausgedehnt, Handelschiffe vor Minen in der Nordsee gewarnt und am 9. Februar die „Wilhelmina“, die Lebensmittel an Bord hatte, beschlagnahmt. Die Londoner Konvention, so sagte der Vorkämpfer, sei niemals von England ratifiziert worden und nie bindend für England gewesen. Ein Grund, weshalb England die Konvention nicht ratifizierte, war der, daß Deutschland Lebensmittel als Kontorbande behandelt wissen wollte. Auf Ausdehnung der Kontorbandenliste hätten die Alliierten ein allhergebrachtes Recht.

Die „Wilhelmina“ mit ihrer Ladung Lebensmittel für Hamburg wurde deshalb angehalten, weil Deutschland gleichzeitig im September 1914 das niederländische Schiff „Maria“ und die „William B. Freese“ im Jahre 1915, mit Getreide nach England unterwegs, vernichtet hat.

Beschlagnahme holländischer Post.

Amsterdam, 10. März. (W. T. B.) Der Dampfer „Frisia“, der sich auf der Fahrt nach Südamerika befindet, mußte die Post in Balmouth auslösen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Liebesgaben auf Kosten der Arbeiterinnen.

Der unseren Soldaten Liebesgaben ins Feld schickt, handelt gewiß löblich, wenn aber das Geld dafür vom Arbeitslohn des Personals abgezogen wird, so gewinnt die Liebestätigkeit einen unsozialen Charakter.

Nach dieser Methode aber hat der Provinzialverein des Vaterländischen Frauenvereins gehandelt, indem er Liebesgaben an Landsturmlaute ins Feld sandte, am Einkommen der von ihr beschäftigten Arbeiterinnen jedoch 10 Pf. abzog. Auf eine Beschwerde des Schneiderverbandes hin, teilte der Verein mit, daß das Geld zu dem angegebenen Zweck verwendet werde.

Der Verband antwortete hierauf: die Arbeiterinnen hätten ihren vollen Tariflohn zu erhalten. Wollte der Verein den Soldaten Gutes erwirken, so möge er das aus seiner Kasse bewerkstelligen.

Der Verein erbot sich hierauf, der Arbeiterin den abgezogenen Betrag zu schenken. In der letzten Sitzung bezeichnete Kunze vom Schneiderverband diese Antwort als eine Angehörigkeit; der Verein habe laut Tarif den Betrag zu entrichten, von Schenken könne keine Rede sein. Erst müsse er die Frau ordnungsgemäß auszahlen, wenn er ihr dann nebenbei noch etwas schenken wolle, so sei das etwas anderes. Im übrigen unterstehe der Verein ebenfalls der Gerichtsbarkeit der Schlichtungskommission wie jeder andere Arbeitgeber, und habe der Ladung Folge zu leisten, was nicht geschehen sei.

Sowohl die Kommission als auch Hauptmann Helmholdt vom Bekleidungsamt stimmten Kunze bei. Der Verein sei ebenso wie jeder andere Unternehmer verpflichtet, die Bedingungen des Bekleidungsamtes einzufallen. Wollte er Liebesgaben schenken, so müsse er dies aus den 25 Proz. Unternehmensgewinn bestreiten, nicht aber aus den 75 Proz., die den Arbeitern zustehen.

Kunze beantragte, den Verein nochmals vorzuladen und zur Zahlung des fristigen Betrages zu verurteilen. Er lehne eine Schenkung ab.

Die Kommission beschloß demgemäß und bezieht sich vor, eventuell Beschwerde beim Oberkommando zu führen.

Die Staats- und Gemeindefunktionäre nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zur Feuerungsfrage. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die gut besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter nimmt Kenntnis von der infolge der ungeheuren Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel in den einzelnen städtischen Betrieben entstandenen Bewegung um Aufbesserung der Lohnbesätze. Die Versammlung bezieht diese Bestrebungen nicht nur gut, sondern erkennt sie als dringend notwendig an.

Da die Feuerung aber eine allgemeine Erscheinung ist, von welcher alle Arbeiter und Arbeiterinnen schwer, die niedrigst bezahlten und linderreichen Familien jedoch am schwersten betroffen werden, da ferner die bisher in den einzelnen städtischen Betrieben gewährten Feuerungszulagen außerordentlich verschieden sind, beauftragt die heutige Versammlung die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, mit den Vertrauensleuten und Arbeiterausschüssen der einzelnen Betriebe untertätig in Verbindung zu treten, um in gemeinsamer Beratung allgemeine und einheitliche Grundsätze festzulegen, nach denen die Feuerungszulagen bemessen werden sollen.

Die Grundsätze sind dem Magistrat und den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um baldige Berücksichtigung zu unterbreiten. Von den städt. Körperschaften erwarten wir, daß sie die ihnen unterbreiteten berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter so weit wie irgend möglich berücksichtigen werden.

Es kam auch zur Sprache, daß in einem Betriebe eine zwölfstündige Arbeitszeit verlangt wird anstelle der bestehenden achtstündigen. Dagegen wurde protestiert und verlangt, daß die betreffenden Arbeiter eine solche Zustimmung zurückweisen sollen.

In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Grumm und Doberstein.

Feuerungszulage der Schuhmacher.

Nachdem die Schuhmacher der Schoßbranche schon vor einiger Zeit eine Feuerungszulage von 10 Proz. bewilligt erhalten hatten, sind sie neuerdings an den Arbeitgeberverband herangetreten mit der Forderung, ihnen mit Rücksicht auf die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise nochmals 10 Proz. zuzulegen. Hierbei fand eine Aussprache in der Schlichtungskommission statt. Wegen die Forderung selbst erhoben die Arbeitgeber keine Einwendungen. Nur wünschten sie, daß die Geltungsdauer der Zulage begrenzt werde. In dieser Hinsicht wurden Vorschläge von beiden Seiten gemacht. Schließlich kam es zu folgender Vereinbarung: die Arbeiter erhalten eine erneute Feuerungszulage von 10 Proz., die Lohnarbeiter eine solche von 5 Proz. Beim Eintritt des Waffensstillstandes werden die Zulagen um 10 Proz., vier Wochen nach Friedensschluß um weitere 10 bzw. 5 Proz. gekürzt, so daß die Löhne mit diesem Zeitpunkt wieder ihren alten Stand erreichen. Sollten dann aber die Feuerungsverhältnisse noch fortbestehen, so werden die Arbeitgeber wegen einer Weiterzahlung der Zulagen mit sich reden lassen. Die neuen Zulagen werden für die Lohnarbeiter vom Montag, den 13. März, ab, für die Arbeiter für die vom Sonnabend, den 11. März, an ausgegebenen Arbeiten berechnet.

Der Arbeitgeberverband hat diese Vereinbarungen angenommen. Am Donnerstag stimmte ihnen auch die Mitgliederversammlung der Schuhmacher der Schoßbranche zu.

Deutsches Reich.

Die Antwort der Jechenherren.

Auf die Lohnangebe der vier Bergarbeiterverbände ist folgende Antwort eingegangen:

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. B. des Herrn J. Zache, Bochum.

Die Sie in Ihrer Schrift schon hervorheben, und wie wir nach unserer Kenntnis der Verhältnisse bestätigen können, ist den Arbeitern und Arbeiterinnen auf einer größeren Zahl von Jechenverwaltungen die von Ihnen beantragte Kinderzulage bereits bewilligt worden. Es ist hiernach zweifellos mit einer baldigen allgemeinen Einführung dieser Beihilfe im ganzen Revier zu rechnen.

Ihre durch das Vorgehen der Jechenverwaltungen bereits überholte Eingabe zum Gegenstand einer besonderen Besprechung im Vorstände unseres Verbandes zu machen, dürfte sich daher wohl erübrigen.

Die Geschäftsführung:
b. Loewenstein.

Aus der Partei.

Nochmals Scheidemanns Erwiderung.

Im „Vorwärts“ vom 25. Februar veröffentlichten wir eine Erwiderung, die sich unter anderem dagegen wendete, daß ein nicht beglaubigter, ganz unwahrscheinlicher Ausdruck Sembrats ausgedeutet

werde, die Reinheit unserer Reichstagsfraktion und ihre Politik zu diskreditieren.

Scheidemann antwortete Tags darauf in einer längeren Zuschrift. Sie blieb ohne Verantwortung und der „Vorwärts“ teilte mit, wir seien nicht in der Lage zu erwidern. Wie wir jetzt aus vielfachen Anfragen ersehen, haben zahlreiche Genossen merkwürdigerweise den Grund nicht herausgefunden, der uns Schweigen auferlegt, und gemeint, Scheidemanns Ausführungen erschienen uns so einwandfrei, daß wir nichts dagegen zu sagen hätten.

Das war so wenig der Fall, daß wir schon am 27. Februar dem „Vorwärts“ eine Erwiderung schickten, in der die Falschheit der Scheidemannschen Antwort bloßgelegt wurde. Wenn sich dann ein Schild schützend vor Scheidemann erhob und unsere Entgegnung nicht in die Öffentlichkeit gelangen konnte, liegt das nicht an uns. C. Verußein. R. Kautsky.

Aus den Organisationen.

In einer Parteiverammlung in Kassel sprach Genosse Scheidemann über die neuen Steuern und erklärte: Selbstverständlich ist, daß eine Volkspartei wie die sozialdemokratische alles daran setzen muß, um die werktätige Bevölkerung vor neuen Lasten, Handel und Verkehr nach Möglichkeit vor neuen Hemmnissen zu schützen, dagegen aus hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften herauszuholen, was herauszuholen ist. Was jetzt schon, bevor noch der Krieg zu Ende ist, an Steuern aufgebracht werden muß, um den Staat ins Gleichgewicht zu bringen, kann und muß aus der Kriegsgewinnsteuer sowie den Steuern der Reichsbank und der Darlehnskassen gedeckt werden.

Bandernissen gestorben.

Der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei, Laurent Vandermiffen, ist nach kaum achtwöchigem Krankenlager am 6. März an einer Lungenentzündung verstorben. Seine Beerdigung fand am 8. März in Brüssel statt. Der tapfere Kämpfer der sozialistischen Sache hat leider nur ein Alter von 42 Jahren erreicht.

Die Besprechungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreichs. Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, ist nunmehr das Protokoll der Verhandlungen der Wirtschaftskommission erschienen, die am 9. Januar d. J. im Reichstagsgebäude von Vertreterkreisen der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie Deutschlands und Oesterreichs abgehalten wurde. In zwei Referaten wurden von Karl Kemmer und Heinrich Cunow die gesellschaftliche Bedeutung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der handelspolitischen Annäherung beleuchtet. An der Debatte beteiligten sich von deutscher Seite Robert Schmidt, Ledebour, Hoch, Cohen-Kneuf, E. Meyer, Rosenbühl, David, von österreichischer Seite Viktor Adler, Ellenbogen, Seig und Kemmer. Auch diese Debatte sind nach dem stenogram in der Protokollschrift zum Abdruck gelangt. Bei einem Umfang von 68 Druckseiten Protokollformat kostet die Schrift 1 M. Zu beziehen ist sie durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. März 1916, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17; Kaufstr. Deutscher Platz; Legel, Bahnhofsstr. 15, und Dierschmiedel, Karstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Dr. H. Brier: „Gerhard Hauptmanns Dramen“.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (B. a. G.) Hamburg. Filiale Baumgärtelweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß heute Sonnabend, den 11. März, abends von 8½ bis 10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Altenstraße 101 (Ecke Riefelstraße) laikiert wird.

Oskar Wollburg

Berlin N,
56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Konfektionshaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Neuheiten für das Frühjahr
keine Preissteigerung.

Kostüme in marine, grün, blau u. malerischen Stoffen, geschmackvolle Verarbeitung. 22 ⁵⁰ , 37,- bis 95,-	Paletots aus Gaberdine, Covercoat, Cheviot, nur fessliche Formen. 137 ⁵⁰ , 24,- bis 45,-
Frauen-Mäntel in schwarz u. farbig, aus Tuch, Alpaka, Seide auch für starke Damen. 18 ⁵⁰ , 27,- bis 48,-	Blusen u. Röcke in neuesten Farben und Stoffarten, denkbar größte Auswahl. 3 ⁹⁰ , 77 ⁵⁰ bis 28,-

Kinder- u. Backfisch-Konfektion.

Extra-Abteilung für Frauen-Bekleidung.
Größte Auswahl in Kostümen, Paletots, Röcken, Blusen, Hüten, Schleiern etc.

Frisches Kostüm auf Maß 39⁵⁰

Zur Linpogning

Preiswerte Angebote

Moderno **blaue Anzüge**
Moderno **schwarze Anzüge**
Moderno **Prüfungs-Anzüge**

Oberhemden, Kragen, Sulpen, Vorhemden, Hüte, Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Unterwäsche usw. usw.
Jeder Käufer eines Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brücken-Straße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Oegr. 1591 Schöneberg, Hauptstr. 10
Sonntag 12-2 geöffnet

<p>Alkoholf. Getränke Franz Abraham Bank Messina u. Römerstr. 101 C. 25 Berlin, S. Fernsp. Kgt. 12705</p> <p>Bad-Anstalten Neukölln Anzengraberstr. 25. Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.</p> <p>Central-Bad National-Bad, Brunnenstr. 8. Passage-Bad Reform-Bad, Wiener Str. 46. Bäder- u. Konditorien Dr. Friedrich, Eisenbahnstr. 61. A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27.</p> <p>Oskar Hanke's Brodbäckerei 73 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892.</p> <p>F. Klenowetter, Schillerstr. 16. Felix Kynast, Döberstr. 6. G. Meier, Grünerweg 27. F. v. Pribyl, Osnabrückerstr. 26. Turban Emil Werk, Samariterstr. 2. Otto Wolff, Treptow, Krillstr. 15 Zachas, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 55a Paul Zastrow, Stromstr. 32.</p> <p>Bandagen, Gummiv. E. Benke, Stralauer Str. 24. E. Kraus, Kottbusserstr. 45. A. E. Lange, Brunnenstr. 156</p> <p>Drogen und Farben Werder-Drogerie, Britz, Badewald 1a</p>	<p>Erscheint 2 mal wöchentlich.</p> <p>Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.</p> <p>August Holz 18 Detail-Geschäfte. Horn, Kottbusstr. 29</p> <p>Gebüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte</p> <p>Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte</p> <p>Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43</p> <p>Uhly & Wolfram Bierbrauerei, Bierhandlung</p> <p>Brauerei Bötzw empfehlen</p> <p>Qualitätsbiere</p> <p>Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis.</p> <p>Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.</p> <p>C. Habels Brauerei hell - Haberbräu - dunkel.</p> <p>Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg</p> <p>Trinkt Wanninger Bier!</p> <p>Spandauerberg-Brauerei Weissbier, C. Braithaupt, Falkenstr. 97 Tel. Kpt. 2881, 2882</p> <p>Cigarrenfabriken</p> <p>JUHL 250 GESCHÄFTE</p> <p>J. Neumann 300 Niederlagen</p> <p>Eisfabriken</p> <p>Timmer-Essig überall erhältlich!</p>	<p>Cacao, Schokolade, Confitüren</p> <p>SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.</p> <p>Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P. Müllerstr. 20b, E. Seest</p> <p>Fleisch- u. Wurstw.</p> <p>W. Beck Inh. Norm. Gerbach Charlottenburg, Berlinerstr. 65-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerlach, Petersburgerstr. 21 Otto Kengel, Alte Jacobstr. 28</p> <p>Luebbe, Joh. Rostockerstraße 41. Fleisch- u. Wurstw. Paul Zwarg, Landsberg-Allee 134.</p> <p>Hüte, Mützen, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46</p> <p>Vester, E. Kottbusser- Damm 18/19</p> <p>Herron- u. Knabengard</p> <p>J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.</p> <p>Fabrich & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr. Leake & Sipeckel, Seitz-Aller 70a</p>	<p>Kolonialwaren Fritz Hübler, Schlemmerstr. 11. Franz Richter, Malplaquestr. 26/28</p> <p>Kaffee-Rösterei</p> <p>A. Zintz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten</p> <p>Anerkannt verteilte Spezialitäten Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Bamberger Kaffee-Importgeschäft</p> <p>Emil Tengelmann</p> <p>Mehlhandlungen</p> <p>Bethke, Georg, Kottbusser- str. 44. Schilla, Eberstr. 23, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wasserstr. 139, Friedländer 25 Treptow, Gräbe-Str. 41.</p> <p>Gaegle, Otto Charlotten- burg. F. Pflügmacher, Colonnenstr. 45.</p> <p>F. W. Sichter Ecke Ouystr.</p> <p>Photogr. Apparate M. Albrecht SO, Kottbusserstr. 2. auch Gelegenheitsk.</p> <p>Photo-Jansen, Hauptstr. 23</p>	<p>Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.</p> <p>Karz, Well., Wollw., Trikotag. Hermann Meyer, Schillerstr. 21.</p> <p>Nähmaschinen Bellmann, B., Gollnowstr. 25 Nähmaschinen</p> <p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.</p> <p>Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Waraschauerstr. 66. Schubert, Carl, N. Bn. Bergstr. 148</p> <p>Schreibwaren O. Prochnow, N. Bn. Hauptstr. 49</p> <p>Weine, Liköre, Fruchtsäfte</p> <p>Hugo Soling 60 Filialen in allen Stadtteilen.</p> <p>Herm. Meyer & Co., Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.</p>	<p>Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N. W. 21 Alt Moabit u. 98/103 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb</p> <p>Molkereien</p> <p>„Schweizerhof“ Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. u. Tal. U 2506.</p> <p>Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankl, Allee 10</p> <p>Versicherungen</p> <p>„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schöten- Sorbeklassensversicherung, straße 1.</p> <p>Wirtschaften, Etablissements</p> <p>Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139. O. Rohloff, Markt i. Brauereigäßchen</p> <p>Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßhies.</p> <p>Mahlsdorf Franz A. Pagel, Kolonialwaren.</p> <p>Mariondorf H. Wagner, Köpenick, 11, Plösch-Weg</p>
---	---	---	--	---	---	---

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung. Freitag, den 10. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Breitenbach, Dr. Lenz.

Die Abg. Frhr. v. Joditz (H.) und v. Pappenheim beantragen die Ablegung des als 2. Punkt auf der Tagesordnung stehenden Auktionsbet.

Präsident Graf Schwerin:

Offenlich wird die Kommission heute abend mit der Beratung des Auktionsbet. fertig. (Allseitiger Widerspruch.)

Abg. Winkler (L.):

Wenn das Meinm sich so weitgehende Beschränkungen beim Reden auferlegt und in der Kommission alles ausführlich verhandelt wird, kann die Kommission nicht nachkommen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Auch ich möchte dem Präsidenten zurufen: „Nur nicht drängeln!“ (Große Heiterkeit.) Man lasse morgen und Montag sühungsfrei.

Abg. Winkler (L.):

Morgen kann die Kommission nicht sitzen, denn beide Vorsitzende sind verhindert.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Dann mag der Älteste den Vorsitz führen. Ich bin gern dazu bereit. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Joditz (H.):

Ich bin der Älteste, aber ich habe morgen Umgang. (Große Heiterkeit.)

Nach weiterer kurzer Debatte wird beschlossen, Sonnabend und Montag sühungsfrei zu lassen und den Auktionsbet heute abzusehen. Hierauf wird die zweite Beratung des

Eisenbahnetats

fortgesetzt. Die Kommission beantragt von Köln aus einen Anschluss an den Ballanzug zu schaffen.

Abg. Schmieding (S.):

Die kirchhöffischen Vorschläge auf Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich lehnen wir ab. — Die Kriegsbeihilfen für das Eisenbahnpersonal sollten erhöht und nach der Kinderzahl abgestuft werden. Mit der Arbeiterpolitik des Ministers, der die Teilnahme an Streikvereinen verbietet, sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Wacco (natl.):

Begrüßt die Einführung der durchgehenden Güterzugbremsung. Es fehle nur noch die selbsttätige Kuppelung. Bei zu hohen Bahnhofsstrecken sollten Aufzüge für unsere Verwundeten geschaffen werden. Redner kritisiert des weiteren das Abkommen mit der Finanzverwaltung, das um zwei Jahre verlängert werden soll.

Finanzminister Dr. Lenz:

verteidigt das Abkommen, das sich gut bewährt habe, und bekämpft den Gedanken der Reichseisenbahnen. Der ganze preussische Staatshaushalt sei aufgebaut auf den Einnahmen aus den Eisenbahnen. Die neue Reichsvermögenszuwachssteuer, die konfiskatorischer Natur ist, beschränkt schon ohnehin die Einnahmen Preussens erheblich. Auch im Interesse des Reiches ist es sehr viel besser, daß die Eisenbahnen bei Preußen bleiben.

Abg. Graf Kolke (H.):

Die Leistungen der Eisenbahnen in diesem Kriege sind vollständig eberbürtig denen der Armee. (Bravo!) Ersparnisse im Eisenbahnbetriebe wären möglich durch Einschränkung des Luxus. Die vierte Klasse sollte man aber nicht beseitigen. Das wäre unsozial. Die Zahl der Schnellzüge könnte man verringern. Die Massengütertransporte gehören ihrer Natur nach auf die Wasserwege, die entsprechend ausgebaut werden sollten. Auch die Fernverkehrsverwaltung hat stets auf den Ausbau der Wasserwege gedrungen. Es wäre für uns zu Beginn des Krieges sehr wertvoll gewesen, wenn dieser Ausbau schon früher erfolgt wäre. (Hört! hört! links.) Die Arbeiter und Angestellten können Vertrauen zur Verwaltung haben, die ihre berechtigten Wünsche stets erfüllt hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Defer (Sp.):

Kotwendig wäre die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts. Die Fürsorgeeinrichtungen für die Angestellten und Arbeiter sollten möglichst ausgedehnt werden. Zu begrüßen ist, daß die Verwaltung den Wünschen der Altrentenrenten mehr entgegenkommen will. In der Arbeiterdienstordnung ist es ein Fortschritt, daß die frühere Spitze gegen eine politische Partei fortgelassen ist. In der Frage des Streikrechts der Verkehrsarbeiter stimmen wir mit dem Minister überein. Hervorragende, auch ganz links stehende Sozialpolitiker sind der Meinung, daß die Frage des Streiks bei gemeinnützigen Betrieben doch etwas ganz anders liegt als gemeinlich. Ein Streik in den Verkehrsanstalten wäre nicht nur gleichbedeutend mit dem Waffenstreik, er ginge über ihn hinaus, weil dadurch die Gefahr der Hungersnot heraufbeschworen würde und tatsächlich sehr bald alle Betriebe stille stehen müßten. Natürlich muß auf der andern Seite den Arbeitern, die kein Streikrecht haben, ein Äquivalent geboten werden, eben das Staatsarbeiterrecht. Eine Verhängung des Ministers mit den freien Gewerkschaften in dieser Frage wäre sehr erwünscht. Sie könnte allerdings nur in der Anerkennung der besonderen Stellung der Verkehrsarbeiter liegen; eine solche Verhängung läge durchaus in der Richtung der Zeit. Das Koalitionsrecht muß natürlich auch den Staatsarbeitern bleiben. In der Arbeiterdienstordnung ist von „ordnungsfeindlichen“ Bestrebungen die Rede, die nicht gebildet werden könnten. Dieser Ausdruck ist allerdings sehr dehnbar. Die Arbeiter fassen ihn vielfach so auf, als ob damit auch gewisse Bestrebungen innerhalb des Betriebes, die mit Bestrebungen gegen den Staat nichts zu tun haben, gemeint seien. Wir wünschen eine möglichst objektive und loyale Auslegung dieses Wortes. (Bravo! links.) — Redner fordert weiter Förderung des Schachverkehrs durch die Klassen der Eisenbahnverwaltung und erörtert die Finanzpolitik der Eisenbahnverwaltung. — Die Frage der Reichseisenbahnen läßt sich nicht so leicht hin erledigen. Es ist eine ideale Frage von großer Bedeutung für die Entwicklung des Deutschen Reiches. Natürlich muß erst der feste Boden geschaffen sein, ehe man an die Verwirklichung des Problems geht. Ich möchte jedenfalls der Entwicklung freie Bahn lassen. Heute ist die Zeit zur Ueberleitung der Eisenbahnen in Reichsbefehl freilich noch nicht gekommen, es handelt sich um keine Gegenwarts-, wohl aber um eine Zukunftsfrage. — Sparfamkeit wünschen auch wir, aber die Verringerung der Schnellzüge wäre Sparfamkeit am verkehrten Ende. Einen großzügigen Ausbau des Wasserstraßennetzes würden wir begrüßen. Die Verkehrsbeziehungen innerhalb Mitteleuropas sollten ausgebaut werden, hier liegen nicht solche Schwierigkeiten vor wie bei den Handelsbeziehungen. Der Reichsverkehr wird ohnehin nach dem Kriege kaum wieder die altgewohnten Bahnen einschlagen, sondern sich mehr nach dem Osten wenden. Dem könnte eine großzügige Verkehrspolitik vorzuziehen. Eine zentrale Leitung der gesamten Verkehrsverhältnisse Deutschlands wäre auch unter diesem Gesichtspunkt sehr wünschenswert. Wer verkehrspolitisch auf der höchsten Stufe der Leistungsfähigkeit steht, wird sich am schnellsten von den Wirkungen des Weltkrieges erholen. (Bravo! links.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Das Reich dürfte kaum in der Lage sein, das Eisenbahnwesen so zu fördern, wie das Preußen getan hat, das in den letzten zehn Jahren 1000 Millionen für die Ausgestaltung der Eisenbahnen aufgewendet hat. Auch liegt die Gefahr nahe, daß das Reich dann, um seinen großen Geldbedarf zu decken, die Eisenbahntarife erhöht. — Daß die Schnelligkeit, Zahl und Ausstattung unserer Züge zu weit gehender Luxus gewesen wäre, kann ich nicht zugeben, sie haben zweifellos fördernd auf den Verkehr gewirkt. In gewisser Hinsicht werden Ersparnisse allerdings möglich sein. So kann man die I. Klasse in Verlehnungszügen ganz beseitigen. (Bravo!) — Voraussetzung für die Schaffung weiterer Wasserstraßen ist der Ausbau der Ströme. Wir bringen dieser Frage dauernd großes Interesse entgegen. — Die selbsttätige Kuppelung, die ungeheure Kosten verursachen würde, könnte nur eingeführt werden, wenn alle kontinentalen Staaten gleichzeitig in dieser Richtung voringen. Wir haben noch nicht die Vereinigten Staaten von Europa.

Abg. Leinert (Soz.):

Eine noch bessere Ausnutzung der gesamten deutschen Eisenbahnen wäre zweifellos möglich gewesen, wenn wir statt der acht Staatsbahnen ein deutsches Eisenbahnnetz hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der ausschlaggebende Standpunkt ist heute immer: Preußen müsse die Führung auch im Eisenbahnwesen behalten. Dieser rein partikularistische Standpunkt darf aber nicht bestimmend sein. Natürlich könnte das Reich die Eisenbahnen nur nach Entschädigung der Einzelstaaten übernehmen. Die Eisenbahnen sollen für das Reich keine Einnahmequelle sein, sondern die Hauptaufgabe des Reiches soll sein, für gute Verkehrsverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen. (Sehr wahr! links.) Das Reich würde nicht so drückende Verkehrssteuern einführen, sondern eine großzügige Tarifreform vornehmen. Die kirchhöffischen Schriften wirken durchaus überzeugend. Güter von Westen nach Ostpreußen werden nicht direkt durch Sachsen, sondern über Preußen befördert. Alle solche Umleitungen sollen natürlich fort bei einer einheitlichen Verwaltung, der ganzen deutschen Eisenbahnen. Heute, wo man nicht von preussischen, sächsischen Heeren spricht, sondern von einer deutschen Armee, ist es auch zeitgemäß, einheitliche deutsche Bahnen zu schaffen. Daneben müssen die Wasserstraßen ausgebaut werden. Die Geschichte des Mittel- und Ostdeutschlands beweist, wie wenig großzügig Preußen in dieser wichtigen Frage sich gezeigt hat. (Sehr wahr! links.) — In der Herstellung der nötigen Bauten sollte die Eisenbahnverwaltung möglichst wenig zurückhaltend sein, damit sofort, wenn die drohende Arbeitslosigkeit beginnt, mit den Bauten begonnen werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten ist natürlich ein erstrebenswertes Ziel, aber es muß ihnen auch Garantie gegeben werden, daß ihnen die Rente und die Kriegsbeschädigtenzulage nicht vom Lohne abgezogen werden. Bei gleicher Leistung müssen sie auch gleiche Löhne erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Geschicht!) Ich habe andere Mitteilungen darüber. Nach den Mitteilungen des Ministers in der Kommission werden Kriegszulagen gezahlt, die den Etat mit rund 80 Millionen belasten. Der Grundlag, daß kinderreiche Familien am meisten bedacht werden, wird nicht immer durchgeführt. Höhere Beamten sollen über 1000 M. Weichensteller mit sechs Kindern 20 Mark erhalten haben. (Hört! hört!) Die Pensionen der Unterbeamten müssen erhöht werden, sie sind heute niedriger als die Arbeiterpensionen.

Ein besonderes Staatsarbeiterrecht

lehnen wir ab. Die Staatsarbeiter sollen nicht schlechter gestellt sein als andere Arbeiter. In der neuen Kriegsordnung sind, wie schon hervorgehoben wurde, die Bestimmungen getroffen, die eine Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen verboten. Jetzt wird nur noch die Fernhaltung von „ordnungsfeindlichen“ Bestrebungen, Vereinen“ usw. verlangt. Aber man hat folgenden Zusatz geschaffen:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich sichtbar und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzubalten. Vereinen oder Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Stimmittel erachten oder unterstützen, darf er nicht angehören.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Abg. Ad. Hoffmann: Reorientierung!)

Soweit in den neuen Bestimmungen eine Verbesserung enthalten ist, erkennen wir sie durchaus an. Allerdings ist der Befehl der Ausnahmebestimmungen gegenüber der Sozialdemokratie eine ganz selbstverständliche Folgerung aus dem einmütigen Zusammenstehen aller Volksschichten im Kriege. Nach den ungeheuren Opfern an Gut und Blut, die alle Volksschichten für die Wehrertreue des Reiches gebracht haben, kann man unmöglich die Sozialdemokraten noch als Feinde des Vaterlandes betrachten. In der Kommission allerdings hat ein Redner der Rechten gesagt, er habe die allergrößten Bedenken, ob nicht der Minister mit der Ausschaltung dieser Bestimmungen aus der Dienstordnung schon viel zu weitgegangen sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ich bewundere den Mut des Vertreter der Konservativen, in der jetzigen Zeit einen solchen Standpunkt zu vertreten. Diese Weigerung entschleierte uns den Blick in die Zukunft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich habe mich ja nie darüber einer Täuschung hingeeben, wie die Reorientierung der inneren Politik von der rechten Seite ausgeht werden wird. Wenn die Herren den politischen Kampf weiterführen wollen in der Richtung, daß sie die Sozialdemokraten als Vaterlandsfeinde bezeichnen auch nach dem Kriege, dann mögen sie das nur tun, sie werden dabei unter die Häher kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre erklärte der Minister noch, in einer Frage von so erheblicher grundsätzlicher Bedeutung dürfe die Regierung unter dem Drucke nicht vor neue Entscheidungen gestellt werden. Mit seiner neuen Dienstordnung vom 1. Januar hat er die Frage aber doch grundsätzlich gelöst und zwar im Gegensatz zu den Anschauungen der organisierten Arbeiter. Er hat in der Kommission das legendäre Wirken der Gewerkschaften anerkannt, schließt sie aber trotzdem aus den Staatsbetrieben aus. Gegenüber einer neuzeitlichen Bemerkung des Abg. v. Joditz möchte ich übrigens betonen, daß selbstverständlich das Koalitionsrecht als Bestandteil des Vereinsrechts zu den verfassungsmäßigen Grundrechten gehört. Im Reichsbereinsgesetz steht ausdrücklich: alle Reichsangehörigen haben das Recht, sich zu Vereinen zusammenzuschließen usw., also können auch die Staatsarbeiter davon nicht ausgeschlossen sein. Die Eisenbahnarbeiter wollen keine Extrarechte, wie Graf Kolke meinte, sondern sie wollen

das Extranrecht:

beseitigt wissen, daß sie nicht gleichgestellt sind mit den übrigen Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer Eingabe der Generalkommission der freien Gewerkschaften an den Reichszentralrat ist unser Standpunkt in dieser Frage klar zum Ausdruck gekommen. Es heißt da: auf den Einwand, daß die großen Verkehrsbetriebe, die die Lebensader der Volkswirtschaft bilden, nicht durch einen Streik lahmgelegt werden dürfen, ist unsererseits hervorgehoben, daß genau so wie in anderen Betrieben, die auch Jehntausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, dem dadurch vorgebeugt werden kann, daß man dem Arbeiter bzw. den Vertretern ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einräumt. Für die gewerkschaftlichen Organisationen ist der Streik nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu dem Zweck, auf die Lohnhöhe, die Arbeitszeit usw. der von ihnen vertretenen Kreise einzumirken. Zum Streik

kommt es nur, wenn jede friedliche Beilegung von Unternehmenseite von der Hand gewiesen wird. Durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften ist mancher Streik und manche Aussperrung verhindert worden. In Bayern ist übrigens jetzt der Streik, worin die Staatsarbeiter anerkannt wurden, daß sie keiner Organisation beitreten würden, die den Streik als Stimmittel erachtet, beseitigt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in der Kommission erklärt, daß die Gewerkschaften nicht Streiks im Eisenbahnbetrieb herbeiführen wollen, sondern daß sie ihre Tätigkeit so gestalten werden, daß einmal entstehende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweigs durch Verhandlungen ihre Erledigung finden. Diese Erklärung war nicht nur meine persönliche Meinung, sondern sie ist unterstützt von sämtlichen deutschen Gewerkschaften. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat der Minister erklärt, daß es eine Ungerechtigkeit und Unbilligkeit denjenigen Gewerkschaften gegenüber wäre, die auf das Streikrecht verzichtet haben, wenn er den Eisenbahnarbeitern den Beitritt zu den freien Gewerkschaften gestatte. Er müsse also verlangen, daß in die Statuten der freien Gewerkschaften der Ausschluß des Streiks einmündig einträte. Wir haben bei dieser Gelegenheit von dem Minister ein Wort der Anerkennung der freien Gewerkschaften gehört, von welcher Anerkennung hier im Hause vor dem Kriege niemals etwas zu hören gewesen ist. — Die Streikfrage im Eisenbahnbetrieb ist eigentlich nur theoretisch. In keinem Betriebe ist die Arbeit so abhängig vom guten Willen der Beteiligten als gerade im Eisenbahnbetrieb. Unter den Arbeitern und Beamten, die während des Krieges das Höchste geleistet haben, befinden sich viele Tausende, die vor ihrem Eintritt freien Gewerkschaften angehört haben und diesen auch während ihrer Beschäftigung bei der Eisenbahn treu geblieben sind; wenn jetzt aber ihre freie Anstellung erfolgen soll, so sollen sie auf das Recht verzichten, das sie während ihrer niedstandigen Anstellung ausgeübt haben. Eine derartige Annuitung in der jetzigen Zeit ist durch nichts begründet solchen Arbeitern gegenüber, die durch ihre Tätigkeit bewiesen haben, daß die Teilnahme an den freien Gewerkschaften in keiner Beziehung ihre Leistungen einschränkt. Kein anderer Betrieb eignet sich auch so zur Vermeidung von Streiks, es ist nur notwendig, Einrichtungen zu treffen, die den Arbeitern in dieser ausgedehnten Verwaltung ermöglichen, ihre Wünsche und Forderungen vorzubringen und an ihrer Erledigung in gewisser Beziehung mitzuwirken. In der Kommission beschwerte sich ein Abgeordneter darüber, daß die Arbeiter über die neue Dienstordnung nicht gehört wurden. Darin liegt eben die Schwierigkeit der Entscheidung: den Arbeitern mehr Mitbestimmungsrecht zu gewähren. Damit steht und fällt jeder Streik, und auf diese Weise kann man jeden Streik vermeiden. Die Arbeiter im Eisenbahnbetrieb haben ja doch das Streikrecht. Sie können es ihnen nicht vorenthalten. Verbote sind kein Mittel, um Streiks zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Läßt man die gewerkschaftlichen Organisationen im Eisenbahnbetrieb ungehindert, dann wird die Streikgefahr viel wesentlicher verringert als durch ein Verbot der Zugehörigkeit zu ihnen. Wenn der Minister sagt, die Eisenbahnarbeiter seien so gestellt, daß sie gar nicht an Streiks denken, dann verstehe ich erst recht nicht, warum die freien Gewerkschaften nicht zugelassen werden sollen? Die falsche Beurteilung der Gewerkschaften, die vor dem Kriege hier im Hause eine so ungeheure Rolle gespielt hat, ist erledigt. Vor dem Kriege konnten wir trotz aller Versuche die Auffassung nicht ausrotten, daß die Gewerkschaften Streiks lediglich um ihrer selbst willen herbeiführen, heute wird keiner mehr wagen, eine solche Behauptung aufzustellen. Der Minister kann unmöglich an diesem vollständig bezahlten und verkehrten Standpunkt festhalten.

Ich habe im vorigen Jahr gefragt, ob die Eisenbahnverwaltung dazu beitragen will, den beispiellosen Geist, der sich im Volke gezeigt hat, während des Krieges zu erhalten und auch ihrerseits zu seiner Erhaltung über den Krieg hinaus beizutragen. Wollen Sie das nicht, meinen Sie, daß die Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden müssen, daß sie die Betriebssicherheit gefährden, daß sie national nicht vollkommen einwandfrei seien und deshalb aus dem Eisenbahnbetrieb ausgeschlossen werden müssen — dann wird nach dem Ausgang dieses Krieges die Arbeiterklasse Mittel und Wege finden, um diesen Rest reaktionärer Behandlung durch die Eisenbahnverwaltung zu beseitigen. Machen Sie sich nur frei von dem Gedanken, daß Staatsbetriebe so gewissermaßen ein Privatigentum der bürgerlichen Parteien seien, und daß der Verwaltung eines Staatsbetriebes die Arbeiter so zu beurteilen habe wie der Leiter eines großen Privatbetriebes das tun könne. Die Arbeiterklasse weiß ganz bestimmt, daß, wenn es sich um Staatsbetriebe handelt, sie genau so viel Anteil an dem Staatsbetriebe hat wie Sie. Werden diese Staatsbetriebe als Ihr Privatigentum behandelt, dann hat die Arbeiterklasse an ihnen kein Interesse mehr. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber so vorgehen wollen, dann sagen Sie es auch ganz offen, daß Sie einen Unterschied machen zwischen den Gewerkschaften und den übrigen Arbeitern. Dann sagen Sie offen, daß die Gewerkschaften zwar Opfer bringen können während des Krieges wie vorher und zu jeder anderen Zeit zum Ruhm der Gesamtheit, der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes, aber daß Sie ihnen unter allen Umständen das Heimatsrecht in den Betrieben des Staates verweigern, den auch die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ihrem Leben und anderen Opfern, mit Gut und Blut verteidigen müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach

wiederholt in längeren Ausführungen seine Stellungnahme in der Kommission und erklärt nochmals, daß die Eisenbahnverwaltung bei den ständig angestellten Arbeitern nicht darauf verzichten könne, daß diese Arbeiter das Streikrecht nicht in Anspruch nehmen. Alle in Betracht kommenden Gewerkschaften bis auf die freien haben ausdrücklich auf das Streikrecht für ihre im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Mitglieder verzichtet, soweit sie es überhaupt ursprünglich in Anspruch genommen hätten. Die nicht ständig Beschäftigten können den freien Gewerkschaften auch jetzt schon angehören, sie nehmen auch an den Wohlfahrtsvereinigungen teil, sie steigen im Lohn, auch für sie bestehen die Arbeiterauschüsse — aber solange sie das Streikrecht in Anspruch nehmen, d. h. solange die freien Gewerkschaften nicht auf das Streikrecht für ihre im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Mitglieder verzichten, können diese Arbeiter nicht sämtliche Aufstellungen erlangen. Die Eisenbahnarbeiter wissen, daß es gerade die Disziplin, beruhend auf der Unterordnung, war, die die gewaltigen Leistungen der Eisenbahnen im Kriege ermöglicht hat, worauf auch die Arbeiter stolz sind. Der Minister beantwortet schließlich einige Fragen des Abg. Leinert. Er bedauert, daß Verkehrssteuern eingeführt werden, aber das Reich sei eben dazu gezwungen, es ginge ja auch die Post zur Steuerleistung heran. Die Verwaltung sei durchaus bestrebt, die kürzesten Routen einzuführen. Es sei ganz unmöglich, die Fahrt nach Wien über Dresden und über Breslau verhindern zu können. Die Verwaltung denke nicht daran, bei dem Verkehr München—Berlin Sachen abwärts zu umgehen. Sogar neue Kamalbauten habe der Minister nichts gefant, sondern nur den ungefähren Bauwert dieser Projekte zusammengestellt. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Damit schließt die Besprechung. Der Kommissionsantrag auf Schaffung eines Anschlusses an den Ballanzug von Köln wird genehmigt, der Etat bewilligt.

Dienstag 11 Uhr: Auktionsbet.

6 Uhr 1/2 Uhr.

Der Haushaltsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses

berhandelt am Donnerstag über die weiteren Anträge zu dem Kapitel „Höhere Lehranstalten“. Die Nationalliberalen ersuchten die Staatsregierung, baldigst Maßnahmen zu treffen, auf Grund welcher besonders befähigten Volksschülern in größerem Umfang als bisher der Besuch höherer Schulen und so der Zugang zu allen Berufen ermöglicht wird. Der Minister erklärte, es sei zu bedenken, daß ein Unterschied im Besuch der höheren Schulen bestünde zwischen den Söhnen der kleinen und mittleren Beamten, zweitens den Söhnen der Akademiker, Fabrikanten und Gewerbetreibenden, und drittens den Söhnen der Arbeiter und Handwerker. Auf die erstere Serie kämen jetzt 14, auf die zweite 64 und auf die dritte 21 Proz. der aus ärmeren Klassen zugelassenen Schüler. Schulgeldderlag würde staatlich bis zu 10 Proz. gewährt, wozu ein Kommunalzuschlag bis 5 Proz. käme.

Beim Kapitel „Vorschule“ erklärte der Minister, daß 807 höhere Schulen Vorschulen haben, 462 keine. Die Mittelschulen seien am besten geeignet zur Vermittelung des Ueberganges in die höheren Schulen.

Den Antrag der Freisinnigen, in jeder Provinz Volksschülern die Möglichkeit zu bieten, in eine höhere Schule aufgenommen zu werden und in 5-6 Jahren das Reifezeugnis erhalten zu können, erklärte der Minister als nicht empfehlenswert. Es seien nach dieser Richtung hin Versuche im Gange, die noch nicht abgeschlossen sind. — Der Antrag wurde abgelehnt.

Weiter wurde die Annäherung der verschiedenen Arten von Schulen verlangt, wobei hervorgehoben wurde, daß heute 91 Proz. der Jugend die Volksschule besuchen. — Abg. Cassel wünscht Maßnahmen dahingehend, daß die Schüler, die aus Volksschulen in höhere Schulen übergehen, nicht 1½ Jahr verlieren; dann könnte man auch daran denken, die Vorschulen aufzuheben. Er wünscht auch, daß dem Lande und den kleinen Städten die Möglichkeit gegeben wird, die Kinder höheren Schulen zuzuführen. — Der Minister warnt vor einer Ausdehnung, wie sie hier gewünscht wurde.

Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der geeignete Maßnahmen fordert, damit die für die Schüler der sogenannten Vorschulen bestehende Bevorzugung beim Uebergang in die höheren Schulen aufgehoben werde. — Abg. v. Jeditz erklärte, allen Kindern die gleiche Bildungsmöglichkeit zu gewährleisten, wäre der Zeit gewiß angehen.

Ein weiterer Zentrumsantrag fordert die Unterstützung der Reformatorschulen, da diese Schulen vorzüglich geeignet seien, unbedeutenden Kreisen zur höheren Schulbildung zu verhelfen. — Dieser Antrag wurde nach ausführlicher Diskussion abgelehnt. — Abg. Sabigny sprach gegen den Antrag der Freisinnigen, da er eine vollständige Umwälzung des höheren Schulwesens verlange. Er wendet sich dann gegen Herrn v. Jeditz, der deswegen gegen die Reformatorschulen zu sein scheint, weil vielfach den Schülern der Weg zum katholischen Geistlichenstand dort eröffnet würde. — Abg. Eichhoff glaubt, einen Widerspruch zwischen den Anträgen des Zentrums, die sich mit Reformatorschulen und Vorschulen beschäftigen, zu finden. — Abg. Wildermann (Z.) verteidigt die Zentrumsanträge. — Der Minister wandte sich an finanziellen Gründen gegen die Anträge. Die Reformatorschule gehöre eigentlich in diesen Rahmen nicht hinein; übelwollend sehe er diesen nicht gegenüber. — Genosse Adolf Hoffmann erklärte: Alle Anträge, die von den verschiedenen Parteien zu dieser Diskussion gestellt sind, ergeben, daß es sich um nichts weiter als um Fiktion und Verlegenheitsanträge auf ein Gewand handelt, das nicht mehr zu finden ist. Der Kultusminister sagte selbst, 91 Proz. der Jugend besuche die Volksschule, also um so nötiger wäre es gewesen, daß Sie den sozialdemokratischen Antrag, der die Einheitschule, die Unentgeltlichkeit und damit das Recht, bis zur Univerfität zu gelangen, für jeden Befähigten anzuerkennen wollte, angenommen hätten. Die jetzige Zeit sollte doch die Gleichberechtigung im Schutze haben auch für die Kinder der Kämpfer anerkennen, um so mehr, da ja nach diesem fürchterlichen Kriege eine Zeit komme, wo nicht die höchsten Kanonen, sondern die größten Kenntnisse, Bildung und Wissen im Kampf der Nationen über den Vorrang in der Welt entscheiden. — Ein Antrag der Nationalliberalen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Aufnahme weiblicher Höherer an allen höheren Lehranstalten für Anaben da zuzulassen, wo für das weibliche Geschlecht geeignete höhere Lehranstalten nicht bestehen, wurde abgelehnt.

In der Sitzung am Freitag beschäftigte sich die Kommission mit dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Es wurde kaum eine Viertelstunde über eine Anfrage der Abberufung resp. Verlegung der deutschen Gesandtschaft bei dem Papst von Rom nach der Schweiz verhandelt. Der Staatssekretär v. Jagow machte dann noch einige vertrauliche Mitteilungen, und der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten war erledigt.

Politische Uebersicht.

Der Reichshaushaltsetat für 1916.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Reichshaushaltsetat für das Jahr 1916. Die Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Etat balancieren mit 3659 Millionen Mark. — Es verlohnt nicht, die Zahlenkolonnen im einzelnen wiederzugeben, weil sie in keiner Weise irgendeinen Anhalt für die wirklichen Einnahmen darbieten, sondern nur einen Abdruck des Etatsvoranschlages des vorigen Jahres darstellen. Denn was als Einnahme aus den Zöllen, indirekten Steuern, Eisenbahnen usw. rein fiktiv angenommen wird, läßt sich in keiner Weise mit den wirklich eingehenden Beträgen in Vergleich stellen. Es sind eben Annahmen, auf denen der Etat basiert. Interessant ist nur, daß sich die Ausgaben für die Verzinsung der Reichsschuld gegenüber den 1267 Millionen vom Jahre 1915 auf 2303 Millionen erhöht haben. Demgegenüber figuriert unter den veranschlagten Einnahmen ein Betrag aus den neuen Kriegsteuern in Höhe von 480 Millionen Mark.

Die Ausgaben haben sich nur dadurch mit den Einnahmen in rechnermäßige Uebereinstimmung bringen lassen, daß man sämtliche Ausgaben für Heer und Flotte diesmal aus dem Etat entfernt hat. Während im Etat für 1915 unter den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats noch immer 557 Millionen Mark gebucht wurden, sind diese Ausgaben diesmal aus dem Etat überhaupt entfernt und auf das Anleihekonto verwiesen worden, das durch die Kriegsanleihe zu decken ist. Durch die Aufkündigung sämtlicher Militärausgaben, die sich vor dem Kriege auf mehr als 1½ Milliarden Mark beliefen, ist bei weitem der größte Teil der in einem normalen Etat zu bedeckenden Ausgaben geschwunden, so daß mit Hilfe der neuen Kriegsteuern und der angenommenen sonstigen Einnahmen aus Reichszöllen usw. der Etat ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Alles das beweist, daß die ganze Etatsaufstellung keinerlei wirkliches Bild der tatsächlichen Reichseinnahmen und -ausgaben und ihrer Deckungsmöglichkeit durch den Etat gewährt, sondern nur einen ungefähren Anschlag bedeutet und Anhaltspunkte darüber gewährt, was auch künftig durch Anleihen zu decken sein wird.

In den Erläuterungen, die das Reichschatzamt dem Etatsentwurf beigibt, findet sich auch die Bemerkung, daß

diesmal der Etat nicht mit einem Kriegskredit verbunden werden wird. Der im Dezember 1915 bewilligte Kredit von 10 Milliarden werde noch für einige Monate ausreichen, so daß einstweilen in Verbindung mit dem Etat kein neuer Anleihekredit gefordert werde. Die für die Durchführung des Krieges, dessen Dauer sich noch nicht voraussagen lasse, benötigten Mittel würden nach Bedarf durch besondere Kriegskredite angefordert werden. Nach den früheren Berechnungen über die Kreditbedürfnisse des Reichs erachtete man die Kriegskosten durch die letzte Anleihe aus dem Dezember bis zum 1. April 1916 gedeckt. Nach der Versicherung der Erläuterungen sollen die Beträge noch weiter reichen. Immerhin dürfte innerhalb der nächsten Monate mit einer neuen Kriegsanleihe zu rechnen sein.

Eisenbahnerfragen.

Das Preussische Abgeordnetenhause hat am Freitag die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung beendet. Aus der Debatte sind besonders zwei Punkte hervorzuheben, die Frage des Streikrechts der Eisenbahner und die finanzielle Seite der Eisenbahnverwaltung.

Die Haltung, die der Minister zum Koalitionsrecht und Streikrecht der Eisenbahner einnimmt, erfreut sich im Landtage der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien. Sogar der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, Abg. Defer, der einer alten fortschrittlichen Forderung gemäß die Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechts verlangte, billigte ausdrücklich die Stellungnahme des Ministers. Das Koalitionsrecht will er den Staatsarbeitern lassen, aber ein Streikrecht will er ihnen nicht einräumen. In ausführlicher Weise beschäftigte sich Genosse Veinert mit der Haltung des Ministers, die er unter gleichzeitiger Ablehnung des Gedankens eines besonderen Staatsarbeiterrechts scharf kritisierte. Aber vergebens, Herr v. Preitenbach läßt sich von dem Wege, den er vor dem Kriege und den er während des Krieges beschritten hat, nicht abbringen, er verlangt, daß die Eisenbahner sich auf das Wohlwollen der Verwaltung verlassen, daß sie auf das Streikrecht verzichten und sich dem Willen ihrer Vorgesetzten strikte unterordnen.

Im übrigen befürwortete Veinert warm die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich und weiter regte er die sofortige Inangriffnahme weiterer Bauten im Interesse einer Verringerung der Arbeitslosigkeit an.

Von besonderer Bedeutung war die Rede des Finanzministers, der das mit der Eisenbahnverwaltung abgeschlossene Finanzabkommen verteidigte, sich gegen den Gedanken der Reichseisenbahn wandte und die Notwendigkeit betonte, weitere Ueberflüsse aus den Eisenbahnen herauszuwirtschaften, da die neue Reichsvermögenszuwachssteuer, die konfiskatorischer Natur sei, ohnehin die Einnahmen Preußens erheblich beschränke.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am Dienstag stattfindet, steht der Kultusetat.

Die Parteien und die neuen Steuern.

Der „Verl. Lokalanzeiger“ schreibt: Mitteilungen über die Stellungnahme der Reichstagsfraktionen zu den Kriegsteuervorlägen sind verstreut und beruhen auf Vermutungen, da erst nach der Eröffnung der Reichstagsverhandlungen die einzelnen Fraktionen sich hierüber schlüssig machen werden. Zutreffend ist aber, daß an Stellen, die über die parlamentarische Stimmung unterrichtet sind, mit einem starken und nicht leicht zu überwindenden Widerstand, auch in bürgerlichen Kreisen gegen manche Steuervorschläge gerechnet wird, und daß man deshalb recht langwierigen Aufschubverhandlungen entgegensteht. Die Hauptbedenken richten sich, soweit man erkennen kann, gegen teilweise sehr beträchtliche Zuschläge zu den Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Darüber hinaus ist namentlich in Zentrumskreisen eine Strömung vorhanden, die grundsätzlich gegen Kriegsteuern ist und die Meinung vertritt, daß es richtiger wäre, sich jetzt mit Anleihen zu behelfen und neue Steuern auf die Zeit zu verschieben, wo auch nach der Regierungssicht eine vollständige Neuordnung der Reichsfinanzen erfolgen soll.

Für die unveränderte Annahme der Vorschläge des Herrn Helfferich wird wohl auch unter den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit nicht zustande kommen. Nach den Erfahrungen bei der Finanzreform von 1909 darf vielmehr angenommen werden, daß die Kommission dieser Ertragsteuern in Vorschlag bringen wird. In welcher Form die benötigten 500 Millionen Mark aufgebracht werden, steht also noch keineswegs fest. Damit rechnet auch die Regierung, denn sie hat in den Etat nicht den Ertrag der einzelnen Steuern eingestellt, sondern einfach die Kaufsumme von 480 Millionen Mark aus den neuen Kriegsteuern. Damit ist die Frage offen gelassen, wie diese neuen Steuern gestaltet werden.

Handel mit Saatkartoffeln.

Der Stellvertretende Kommandierende General des II. Armeekorps in Stettin hat soeben einen Erlaß veröffentlicht, durch den die bisher an Händler und Genossenschaften erteilten Erlaubnisheine zum Handel mit Saatkartoffeln außer Kraft gesetzt werden. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Da durch Mißbrauch im Handel mit Saatkartoffeln die zur Ernährung des Heeres und der Bevölkerung angeordnete Kartoffellieferung gefährdet wird, ordne ich hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 folgenden an: Sämtliche bisher an Händler und Genossenschaften erteilten Erlaubnisheine zum Handel mit Saatkartoffeln werden für den Bereich der zum I. Armeekorps gehörigen pommerschen Landkreise außer Kraft gesetzt. Zum Handel mit Saatkartoffeln innerhalb dieses Bereiches ist nur noch die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern berechtigt. Inwieweit die bis zum heutigen Tage verkauften Saatkartoffeln aus den betreffenden Landkreisen ausgeführt werden dürfen, entscheidet der Landrat nach Anhörung der Landwirtschaftskammer. Die von der Landwirtschaftskammer selbst angekauften Saatkartoffeln unterliegen dieser Beschränkung nicht. Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Zuwiderhandlungen hiergegen werden nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestraft.“

Organisierung der Frühjahrseinstellung.

Das Kriegsministerium hat nach dem „Nachrichtendienst“ an die stellvertretenden Generalkommandos einen Erlaß über die Organisierung der Frühjahrseinstellung gerichtet, der die wichtige Frage der Feldbestellung ins Auge faßt. Gemäß diesem Erlaß sollen die stellvertretenden Generalkommandos in Verbindung mit den Zivilbehörden Vorkehrungen treffen für die Beschaffung fehlender Arbeitskräfte, und zwar sowohl der Bedarfs an leitenden Kräften — wozu auch Wirtschaftsbeamte, Futtermeister, Vorarbeiter usw. rechnen — wie auch der Bedarf an ausführenden Arbeitskräften, auch soweit sie mittelbar zum größeren Wirtschaftsgebiet gehören (Stellmacher, Schmiede usw.) gedeckt werden. Für die Versorgung mit leitenden

Kräften gilt, soweit Kleinbäuerliche Betriebe in Frage kommen, der Grundgedanke der Arbeitsgemeinschaft. Nach Möglichkeit und Bedarf sollen benachbarte Betriebe sich gegenseitig ausheilen. Eine solche arbeitsgemeinschaftliche Organisation obliegt den Landräten und Gemeindevorstehern; von ihnen gehen Anträge an die stellvertretenden Generalkommandos auf Zurückstellung und Zuweisung geeigneter, möglichst nicht kriegsverwendungsfähiger Personen aus.

Die nötigen Kräfte sind zunächst zu entnehmen aus den garnison- und arbeitsverwendungsfähigen landwirtschaftlichen Arbeitskräften; sie sind den Betrieben zu belassen; auch kriegsverwendungsfähige sind zu belassen, sofern sie nicht rechtzeitig durch andere Personen ersetzt werden können.

Außerdem sind heranzuziehen nicht kriegsverwendungsfähige in Garnisonen, Genesungskompagnien, Lazaretten usw. befindliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Vorsorge ist ferner zu treffen für die Uebernahme der erforderlichen Zahl Kriegsgefangener und interner Zivildesertoren; notfalls sollen auch kriegsverwendungsfähige, äußerstenfalls aus der Front beurlaubt werden.

Die Preistreibeerei in der Bekleidungsindustrie beginnt!

In den Verfügungen über die Beschlagnahme der Webstoffe ist eine Bestimmung enthalten, nach der die Verkäufer von Web-, Wirk- und Strickwaren keinen höheren Preis fordern dürfen, als er vor dem 31. Januar 1916 bei gleichartig oder ähnlichen Verkäufen erzielt wurde. In der jüngsten Nummer des „Konfektionär“ wird nun aber darauf hingewiesen, daß die Konfektionäre mit der Verarbeitung ihrer Stoffe zurückhalten, da sie hoffen, daß die Preise im Herbst gegenüber den jetzigen bis 50 Proz. steigen.

Der Lippeische Landtag

trat am 9. März zusammen. In der ersten Sitzung wurde der Voranschlag besprochen, der mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließt. Von der Regierung wurde hervorgehoben, daß es notwendig sei, neue Steuern zu bewilligen. Es wird zugleich vorgeschlagen, die Summe der vom Staate aufzubehaltenden Schatzanweisungen auf 7 Millionen Mark zu erhöhen.

Nach einer Mitteilung von W. T. D., die auch in die Parteipresse gelangt ist, wäre durch eine Erziehung der Mehrheit im Landtage auf die Konservativen übergegangen. Das stimmt nicht. Die Konservativen haben jetzt zehn, die Liberalen ebenfalls zehn Abgeordnete; dazu kommt ein Sozialdemokrat.

Witteuropäische Annäherung.

Die Zeitschrift des Handelsvertragsvereins „Deutscher Außenhandel“ beschäftigt sich in ihrem Februarheft mit einem Aufsatz Schippels, der unter dem Titel „Uebertriebene Meistbegünstigungsfragen“ für den mitteleuropäischen Zollverband Stimmung macht. Der „Außenhandel“ kommt dabei zu einer durchaus skeptischen Stellungnahme zu den Plänen Schippels. Er schreibt:

„Das, was im Friedensvertrag vom unterlegenen Gegner erreicht werden kann, ist ein bestimmtes Quantum von Zugeständnissen, dessen Gesamtumfang von der militärischen und politischen Situation beim Friedensschluß abhängt. Nun wie in das, dieses Förderungsquantum umfassende Gefäß — nämlich den Friedensvertrag — ein neues gewichtiges Verlangen, wie das des Bevorzugungsbehalts mit Oesterreich-Ungarn, hinein, so gleitet naturgemäß ein gleich großes Zugeständnis unserer Gegner auf der anderen Seite heraus. Mit anderen Worten: wir müssen, um die Zustimmung unserer Gegner zu einem Vorzugsverhältnis mit Oesterreich-Ungarn zu erreichen, auf irgend etwas anderes verzichten, was wir sonst im Friedensvertrage statt dessen erreichen könnten. Es kommt somit ganz darauf an, was für uns bedeutsamer ist: der Vorbehalt der eventuellen Bevorzugung im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn oder das an ihrer Stelle sonst im Friedensvertrage zu erreichende andere Zugeständnis, mag dies nun ein wirtschaftliches, politisches, militärisches oder finanzielles sein.“

Dazu kommt ein zweites: In den Friedensverträgen können wir doch nur die Zustimmung der uns feindlichen Staaten durchsetzen. Wie aber wird es mit den neutralen? ... Wie sollen wir diese nun zwingen oder gütlich dazu bringen, ihre Zustimmung mit dieser einseitigen Verschlechterung ihres Meistbegünstigungsrechtes in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu erlangen? Sollen wir unsere — zum Teil seit Jahrzehnten unangestraft laufenden — Handels- und Meistbegünstigungsverträge mit ihnen — z. B. mit Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Portugal, Argentinien und anderen südamerikanischen Staaten (von Griechenland und Rumänien zu schweigen) — unsererseits kündigen? Und zwar ausgerechnet in dem Augenblick, wo England und seine Kriegsgenossen alles daran setzen werden, durch ihren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Einfluß uns dort den Boden abzugraben und gegen uns Stimmung zu machen? Wo wir mit aller Energie suchen müssen, den während des ganzen Kriegszustandes unterbrochenen Absatz deutscher Waren dorthin wieder aufzunehmen und auszudehnen?

Niemand wird bestreiten, daß eine wirtschaftliche Annäherung mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei durchaus erwünscht ist. Aber ob eine Zollbevorzugung hierfür wichtig ist, daß wir auch eine etwaige ernsthafte Beeinträchtigung unserer sonstigen Ausfuhrinteressen dafür in Kauf nehmen könnten, muß füglich doch bezweifelt werden.“

Aus Industrie und Handel.

Gesellschaften in der Türkei.

Im „Dilal“ (Konstantinopel) vom 23. Februar schreibt Zefine Alp: Die anonymen Aktiengesellschaften bilden das Tagesgespräch. Die Regierung reguliert sie durch Spezialgesetze. Solche Gesellschaften sind überall in der Welt das wirksamste Mittel für die Verwertung der nationalen Erparnisse und die Verwahrung des Kapitals zur Ausnutzung der Hilfsquellen des Landes. Bis jetzt war diese Geschäftsform fast ausschließlich den fremden Gesellschaften vorbehalten, welche zur Ausnutzung öffentlicher Arbeitsbetriebe bestimmt waren. Auf Grund der Kapitalationen arbeiteten die fremden Gesellschaften bei uns wie in ihrem eigenen Lande. Sie wurden registriert durch die Gesetzgebung ihres eigenen Landes.

Inbesondere stellten die Versicherungsgesellschaften eine Anomalie dar. Nichts hinderte sie an einer streupfaffen Ausbeutung des Publikums, da unsere Behörden und unsere Gerichte keine Macht über ihn hatten. Hunderttausende von Fund wanderten jedes Jahr ins Ausland unter dem Namen „Versicherung“. Erst nach Abschaffung der Kapitalationen konnten unsere Behörden die Hand auf die Versicherungsgesellschaften legen.

Nach der Anwendung der neuen Gesetze über den Gebrauch der türkischen Sprache in den fremden anonymen Gesellschaften werden diese nicht mehr als fremde betrachtet. Sie bilden einen integrierenden Bestandteil unseres eigenen Wirtschaftslebens. Die anonymen Gesellschaften sind nur noch „Kapitalgesellschaften“ und nicht „Personalgesellschaften“. Da sie sich den Landesgesetzen unterwerfen, da sie die offizielle Sprache gebrauchen, so kann man sie vollkommen als zu uns gehörig betrachten. Das Geld hat, wie die Wissenschaftler, keine Nationalität, und da die anonymen Gesellschaften nur Kapitalgesellschaften sind, so braucht man sich um die Herkunft des investierten Geldes nicht zu kümmern.

Schon beginnen die nationalen Erparnisse sich zu betätigen. Etwa zwölf anonyme Gesellschaften sind ausschließlich mit einhei-

mischem Gelde gegründet worden. Bis jetzt sind wir aber leider noch nicht mit einem entsprechenden Gesetz ausgerüstet, das unserm Wirtschaftsleben entspricht. Das alte Gesetz über die anonymen Gesellschaften erfüllt jedenfalls nicht die modernen Forderungen. Ueberdies verlangt unser Handelsrecht vom 28. Juli 1850 eine gründliche Reform.

Soziales.

Herabsetzung der Altersgrenze.

Dem Bundesrat ist eine Vorlage zugegangen, in welcher dem am 15. Januar im Reichstag einstimmig ausgesprochenen Wunsch entprochen werden soll, die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen. Die wir von zuverlässiger Seite hören, lehnt die Vorlage das auch von uns bekämpfte Verlangen einiger Freihändler ab, das Inkrafttreten der neuen Vorschriften bis nach Friedensschluss hinauszuschieben, jedoch den Bestimmungen rückwirkende Kraft beizulegen. Vielmehr will die Vorlage, der Willensäußerung des Reichstages entsprechend, die geplante Änderung der Reichsversicherungsordnung sofort in Kraft treten lassen.

Der Versuch einer Hinauszögerung war seinerzeit durch den Hinweis begründet, daß eine große Zahl Beamter zur Bearbeitung der im ersten Jahre zu erwartenden zahlreichen Anträge erforderlich sein dürfte. Diese Befürchtung ist von der Regierung mit Recht nicht geteilt worden, weil die geschäftliche Behandlung der Altersrentenanträge sehr einfach ist und es sich leider kaum um mehr als 100 000 Anträge im ersten Jahre handeln wird, so daß auf jede Versicherungsanstalt nur etwa 2500 leicht zu behandelnde Anträge entfallen werden.

Dezernent oder Kollegium?

In zwei Fällen entschied dieser Tage das Oberverwaltungsgericht gegen den Schöneberger Magistrat, weil statt des Kollegiums lediglich der Dezernent den Entscheid erteilt hatte.

In dem einen Rechtsstreit handelte es sich um Reichszugangssteuer. Den der Klage vorangehenden Einspruchsbescheid hatte nicht der Magistrat als Kollegium und auch nicht eine den Magistrat vertretende ständige Deputation erteilt. Die Entscheidung wurde durch einen Dezernenten erfolgt. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz setzte den Einspruchsbescheid außer Kraft. Begründung wurde gesagt: Für die Erteilung eines solchen Einspruchsbescheides sei ein Beschluß des Kollegiums des Magistrats oder einer für die fraglichen Angelegenheiten gebildeten, den Magistrat in der Angelegenheit vertretenden Deputation erforderlich. Mangels eines solchen kollegialen Beschlusses habe der Einspruchsbescheid keine Rechtswirksamkeit, soweit der erwähnte Streitgegenstand in Frage kam. — Dem Magistrat sei es indessen unbenommen, nunmehr einen ordnungsmäßigen Einspruchsbescheid zu erteilen.

Denselben Grundsatz stellte das Oberverwaltungsgericht in einem anderen Rechtsstreit gegen den Schöneberger Magistrat auf, bei dem es sich um Erteilung eines Bescheides auf einen Antrag aus § 34 des Zwangsversteigerungsgesetzes handelte, nämlich auf einen Antrag auf nachträgliche Ermäßigung, weil der Veräußerer nachträglich wegen Grundstücksmängel den Veräußerungspreis wesentlich herabsetzen mußte. Ein Bescheid auf einen solchen Antrag aus § 34 sei zu behandeln wie ein Einspruchsbescheid. Auch in diesem Falle wurde der fragliche Bescheid außer Kraft gesetzt.

In beiden Fällen erklärte das höchste Gericht es für unerheblich, daß der Magistrat nachträglich die fehlerhaften Bescheide durch Beschluß des Kollegiums gebilligt hatte. Denn maßgebend sei der Zeitpunkt, wo der Bescheid ergeht.

Gerichtszeitung.

Der Mord bei Finkenkrug.

In der gestrigen Verhandlung wiederholten die vernommenen Zeugen im Wesentlichen ihre früheren Aussagen. Der Vorsitzende stellte fest, daß bei dem Angeklagten 88 Briefe von Frauen und Mädchen gefunden sind, die sich auf seine Heiratssammlungen gemeldet hatten. Die Frau des Angeklagten erklärte auf Befragen, daß von dem besagten Verkehr ihres Ehemannes mit Damen ihr

nichts bekannt gewesen sei, ebenso nichts davon, daß er das Paket mit den Briefen, Gabeln, nicht wertvollen Schmuckstücken und dem Sparkastensbuch im Eisenbahnabteil gefunden habe. Sie könne sich das Mitnehmen dieser Sachen und das Begleiten in den Schreibstisch nur dadurch erklären, daß ihr Mann sehr nachlässig war und sich die ganze Sache nicht sehr überlegt habe. Sie wisse genau, daß ihr Ehemann schon am 16. Juni angekündigt habe, daß er Tags darauf nach Leipzig fahren wolle; er sei auch am 17. Juni morgens abgefahren, nachdem sie zusammen Kaffee getrunken. Sie wisse sich das furchtbare Rätsel, welches hier obwalte, nicht zu lösen. Er sei abends 9 Uhr zurückgekehrt, sei durchaus ruhig und lebenswürdig gewesen und habe den Kindern Käsefuchen und Kleingeld mitgebracht. Professor Kolbe erklärte, das Auffinden eines kleinen Quantums Hyantali in der Behausung des Angeklagten sei nicht auffallend, da jeder Entomologe (Käferkammer) Hyantali habe, um die Käfer zu töten. Der Zeuge P. wies dann die Akten. Er hat von ihr in der Schweiz ein vom 16. Juni 1914 datiertes Schreiben erhalten, welches sie mit „Frig“ unterschrieben hatte. Sie teilte darin unter anderem mit, daß sie „morgen (17. Juni) früh nach Finkenkrug fahre, wenn das Wetter gut sei; sie sei eingeladen worden und treue sich auf die Partie (nicht Rad!)“. Jemand einen Anhalt, wie die Akten zu Tode gekommen sei, hat der Zeuge nicht. Einige Zeugen bekundeten, daß am 18. Juni in der Wohnung der Akten Schritte gehört sind. Festgestellt wird, daß die Leiche mit den Schülstein, die die Verstorbene bei sich zu führen pflegte, nicht bei der Leiche lag. Der Staatsanwalt erklärte, er sei nicht in der Lage, einen Schuldpruch wegen Mordes zu beantragen, er empfahl, nur die Schuldfrage wegen des Diebstahls zu bejahen. Gegen den Angeklagten sprächen ja sehr viele Momente. Aber so lange nicht bewiesen werde, daß die Akten als Opfer einer Gewalttat zu Tode gekommen ist, so lange die Möglichkeit besteht, daß sie eines natürlichen Todes gestorben ist, könne die Schuldfrage nach Mord oder Tötung nicht bejaht werden. Der Verdacht einer Vergiftung mit Hyantali liegt durchaus nahe, aber gegenüber der absoluten Ergebnislosigkeit der Untersuchungen der Ärzte und Chemiker könne die Staatsanwaltschaft nicht die Verantwortung tragen, daß eine Person bei unzureichender Ueberführung verurteilt werde. Der Verteidiger beantragte, nur die Frage wegen Fundunter-schlagung zu bejahen.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur der Unterschlagung schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis. Die Strafe wurde als durch die Unterschlagungshandlung verbüßt erachtet.

Aus aller Welt.

Die neue Zeit und der alte Geist.

Bei dem Postamt 1 in Posen sind seit einiger Zeit infolge Personalmangels etwa zwölf weibliche Personen als Briefträgerinnen beschäftigt. Eines dieser jungen Mädchen war Mitglied des „Ruffilvereins Posen“, dessen Dirigent ein Kinderarzt und Postvertrauensarzt Dr. Burow war. Das Mädchen, dessen Vater Koch und jetzt zum Meeressoldat eingezogen ist, war bisher Schneiderin und wohnt bei den Eltern. Nun traf es sich, daß dieses Mädchen beim Vordienst mit der Briefträgerin eines Tages auf der Straße der Frau Dr. Burow begegnete, die ihren Gruß kaum erwiderte. Kurze Zeit darauf erhielt die junge Briefträgerin, nach Mitteilung der „Berliner Beamten-Korrespondenz“ folgendes Schreiben:

Posen, 11. Februar 1916.

Kräusen Gr.

Posen.

„Es sind im Kreise des Vereins „Damenchor des Ruffilvereins“ Bedenken laut geworden, ob Ihre jetzige Beschäftigung als Briefträgerin sich mit den Grundätzen des Vereins deckt. Der Vorstand des Vereins hat in seinem Interesse deshalb beschlossen, Sie zu ersuchen, den Proben und Aufführungen, solange Sie Ihrer jetzigen Beschäftigung nachgeben, fernzubleiben. Eventuell gefehenes Notenmaterial wollen Sie bitte bald dem Verein wieder zustellen.“

Der Vorstand des Vereins „Damenchor des Ruffilvereins Posen“.

(Unterschriften.)

Die Borniertheit, die aus diesem Schreiben spricht, übersteigt wahrlich alle Grenzen. Die Vereinsdamen, die vor dem Kriege sich noch herabließen, mit einer Schneiderin zusammen in einem Verein zu wirken, rüden nun in dieser verletzenden Form von derselben Person ab, nur weil sie infolge nicht genügender Erwerbsmöglichkeit

in ihrem Verstande sich nach einem anderen umfah, der jenen Damen nicht mehr nach dem Gemäch erachtet. Das ist fastengetriebe schlümmel Sorte, der um so bezeichnender ist, als er durchaus im Widerspruch steht zu dem im Kriege oft beladenen Willen, die Standesunterschiede zu verwischen. Das Vorgehen dieses Vereins hat auch bereits Verurteilung in bürgerlichen Kreisen gefunden, die sich in scharfen Worten dagegen wandten. Vorgänge ähnlicher Art, die uns zu Ohren gekommen sind und über die wir zum Teil berichtet haben, lassen aber erkennen, daß von dem neuen Geist der Kriegszeit bei vielen Leuten nichts zu spüren ist. Ihr Standesdünkel ist so tief eingegraben, daß er sich auch durch den stärksten Gemeinschaftsgeist nicht beiseitigen läßt.

Durch Klatsch in den Tod getrieben wurde eine 34jährige Straßenbahnfahrerin in Leipzig. Sie warf ihre beiden 7 und 2 Jahre alten Kinder in die Viehle und sprang dann selbst hinein. Alle drei ertranken. In einem hinterlassenen Brief teilt die Unglückliche mit, sie sei durch Hausklatsch bei ihrem im Felde stehenden Mann grundlos verdächtigt worden.

Die Brände in Nordamerika. Ein amerikanisches Blatt meldet aus New York, daß im Monat Februar in den Vereinigten Staaten und in Kanada durch Brände ein Schaden von 24 771 000 Dollar angerichtet wurde, um 11 889 000 Dollar mehr als im gleichen Monate des Vorjahres.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 476 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Lehr-Inf.-Reg. (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 64). Gren.-, Inf.- oder Fü.-Regiment Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 9 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 9), 11, 13 bis einschl. 17, 33, 34 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 9), 35, 37, 41, 42, 43, 45, 48, 49, 51, 53, 54 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 9), 56, 58 bis einschl. 68, 64 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 65, 66, 69, 70, 75, 78, 79, 83, 85, 91, 95 bis einschl. 99, 109 bis einschl. 112, 114 bis einschl. 118, 129, 130, 136, 142, 143, 145, 147 bis einschl. 151, 158, 161 bis einschl. 168, 172 bis einschl. 176, 188, 189, 190. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 1, 3, 7, 8, 9, 13, 17, 48, 49, 51, 52, 56, 60, 61, 64, 65, 69, 76, 77, 79, 81, 93, 99, 109, 110, 118, 130, 206, 207, 211, 215, 216, 219, 223, 227, 290, 231, 234, 235, 237, 239, 250 bis einschl. 254, 256 bis einschl. 260, 262, 263, 264. Ref.-Tr.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 4. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2 bis einschl. 5, 7, 9, 11, 17, 21 (f. Feld-Inf.-Regim.-Komp. des 2. Armeekorps), 27, 32, 34, 39, 40, 48, 49, 51, 52, 53, 57, 61, 66, 77, 83, 84, 85 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 76), 99, 109, 110, 116. Landw.-Tr.-Inf.-Reg. Nr. 2. Brig.-Tr.-Bat. Nr. 78 (f. Landw.-Tr.-Inf.-Reg. Nr. 51). Landw.-Tr.-Bat. Nr. 18 (f. Landw.-Tr.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landst.-Inf.-Bataillone: Bielefeld, 2. Bonn, Nordach, 2. Göllich, Neßbeke, 3. Saarbrücken, 1. Schirmm. Landst.-Tr.-Bataillone: 6. Altenstein, Ludau, 5. Saarbrücken, 5. Saarlouis, 2. des 4. Armeekorps (Verbst.). Jäger-Bat. Nr. 1; Ref.-Bataillone Nr. 1, 8, 11 (f. Feld-Inf.-Regim.-Jug. Nr. 253), 14, 17, 21, 22. Ref.-Nachfahr.-Kompanien Nr. 76 und 77. Garde-Rafschingew.-Abt. Nr. 1. Ref.-Rafschingew.-Abt. Nr. 3. Feld-Rafschingew.-Komp. des 2. Armeekorps, Feld-Rafschingew.-Jäger Nr. 113 und 253.

Kavallerie: Garde-Kürassiere und 2. Garde-Dr. Kav.-Kür. Nr. 1 und 2. Dragoner Nr. 4, 5, 18, 21. Husaren Nr. 17; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 77. Kav.-Kol. Nr. 8.

Feldartillerie: 4. und 6. Garde-Reg. Regiment Nr. 2, 9, 14, 15, 24, 25, 56, 73, 107; Ref.-Regiment Nr. 15, 16, 17, 20, 30, 32; Tr.-Reg. Nr. 45; Landw.-Regiment Nr. 3 und 8.

Fußartillerie: 1. und 2. Garde-Reg. Regiment Nr. 1, 4, 5, 8, 9, 10, 15, 20; Ref.-Regiment Nr. 3, 6 bis einschl. 9, 13 bis einschl. 17. Bataillone Nr. 206 (f. auch Fußart.-Reg. Nr. 8) und 210 (f. Fußart.-Bat. Nr. 259 und 290); Landw.-Bat. Nr. 18. Fußart.-Batterien Nr. 190, 244, 248, 254, 289, 290, 291, 316 (siehe Fußart.-Bat. Nr. 203), 341 (f. Tr.-Feldart.-Reg. Nr. 45), 435, 481, 496, 523, 545, 549, 563 (f. Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 14), 574. Art.-Rehtruppe Nr. 34 und 58.

Pioniere: Reg. Nr. 24. Bataillone: I. Nr. 6, I. Nr. 7, I. Nr. 9, I. Nr. 14, II. Nr. 16, I. Nr. 28; Tr.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 7 und 10. Pionier-Komp. Nr. 273; Ref.-Komp. Nr. 89. Pionier-Komp. Nr. 13.

Munitionskolonnen: Leichte Munitionskolonnen der 6. Kav.-Div. (f. Feldart.-Reg. Nr. 8); Ref.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 50.

Einsegnungs-Anzüge

von 18 bis 36 Mk.

Blau, schwarz und Marengo.

M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Prüfungs-Anzüge

von 20 bis 40 Mk.

Trotz steigender Teuerung der Stoffe halte ich die billigen Preise aufrecht.

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

3. Klasse 1. Ziehungstag 10. März 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with 2 columns of numbers. Includes winning numbers like 175 82 3099 242 842 821 748 809 45 98 2010 74 136 363, 10113 (300) 51 202 (500) 904 96 487 598 649 88 934 65, etc.

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

3. Klasse 1. Ziehungstag 10. März 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with 2 columns of numbers. Includes winning numbers like 1235 349 (300) 629 47 2247 418 732 81 3264 589 937 76, 10210 159 (300) 376 619 89 726 18118 92 218 659 738, etc.

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

3. Klasse 1. Ziehungstag 10. März 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with 2 columns of numbers. Includes winning numbers like 1235 349 (300) 629 47 2247 418 732 81 3264 589 937 76, 10210 159 (300) 376 619 89 726 18118 92 218 659 738, etc.

7. Preussisch-Süddeutsche (283. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

3. Klasse 1. Ziehungstag 10. März 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 144 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table with 2 columns of numbers. Includes winning numbers like 1235 349 (300) 629 47 2247 418 732 81 3264 589 937 76, 10210 159 (300) 376 619 89 726 18118 92 218 659 738, etc.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Rottbuser Damm

Wilmsdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

- 1 Möbelbürste 68 Pl.
- 2 Gemüseschüsseln gross 68 Pl.
- 3 Kartoffelschüsseln Feston od. glatte Form 68 Pl.
- 4 Kuchen-teller mit goldtem Boden 68 Pl.
- 6 Kompott-schüsseln Schilfmuster 68 Pl.
- 10 Kleider-bügel mit Quer-stab 68 Pl.
- 6 Portions-Kaffeefassen weiss oder bunt 68 Pl.
- 4 Abendrot-teller mit Gold-dekor Pomellian 68 Pl.
- 2 Gaze-Blocken 68 Pl.
- 3 Frühstücksbrettchen Aborn verschiedene Formen 68 Pl.
- 1 Pfeffer-mühle 68 Pl.
- 1 Poesie-Album gutes Papier, geschmackvolle Deckelprägung 68 Pl.

- 1 Kontobuch 14 x 33 cm 288 Seiten stark 68 Pl.
- 6 Rasier-klingen 68 Pl.
- 1 Flasche Franzbrannt-wein 68 Pl.
- 1 Brat-pfanne Emaille 68 Pl.
- 3 grosse Dosen Schmircreme 68 Pl.
- 1 Essen-träger Emaille 68 Pl.
- 1 Zigaretten-behälter aus Metall 68 Pl.
- 2 Maschinentöpfe Emaille 68 Pl.
- 1 Damen-Handtasche verschiedene Formen 68 Pl.
- 1 Balkon-kasten grün gestrichen 68 Pl.
- 1 Milch-kanne Emaille 1 Liter Inhalt 68 Pl.
- 2 Küchen-schüsseln Emaille 68 Pl.
- 1 Ordnungs-mappe gefüllt grosses Format 68 Pl.

Steingut 68

- 10 Abendrotteller 68 Pl.
- 1 Gemüseschüssel Festonform, mit Goldband und Linie ... 68 Pl.
- 4 Mittelteller Festonform, mit Goldband und Linie ... 68 Pl.
- 6 Kaffeetassen mit Untertassen ... 68 Pl.
- 8 Speiseteller tief oder flach ... 68 Pl.
- 4 Speiseteller Festonform, tief oder flach, mit Goldband u. Linie ... 68 Pl.
- 5 Schüsseln weiss oder bunt ... Satz ... 68 Pl.
- 2 Aufschnittplatten Festonform, mit Goldband und Linie ... 68 Pl.
- 2 Milchtöpfe blau Zwiebelmuster 68 Pl.
- 1 Salz- oder 1 Mehlmeste gross ... 68 Pl.
- 2 Kartoffelschüsseln ... 68 Pl.
- 1 Tunkenschüssel Feston-Form ... 68 Pl.
- 1 Waschgarniturschüssel gross ... 68 Pl.
- 1 Waschgarniturkanne gross ... 68 Pl.

Glas 68

- 1 Obstkörbchen mit Henkel ... 68 Pl.
- 4 Obstteller ... 68 Pl.
- 1 Sturzkaraffe mit Schüssel 68 Pl.
- 2 Konservengläser mit Gummiring, 1/2 Liter ... 68 Pl.
- 4 Schüsseln Steinschliffmuster ... Satz ... 68 Pl.
- 2 Weingläser m. Bortenrand ... 68 Pl.
- 3 Salatschüsseln grosse Form ... 68 Pl.
- 1 Käseglocke modern Prämiummuster ... 68 Pl.
- 2 Salatschüsseln gross ... 68 Pl.
- 1 Blumenvase mit patriotischem Bild ... 68 Pl.
- 1 Butterglocke ... modernes Prämiummuster ... 68 Pl.
- 1 Zuckerschale ... 68 Pl.
- 3 Weissbierpokale ... 68 Pl.
- 6 Bierbecher mit Kapte ... 68 Pl.

Wirtschaftsartikel

- 1 Glanzbürste zusammen 68 Pl.
- 1 Schmutzbürste 68 Pl.
- 1 Auftragebürste 68 Pl.
- 1 Staubwedel 68 Pl.
- 1 Kleiderbürste 68 Pl.
- 1 Glanzbürste 68 Pl.
- 1 Kopfbürste 68 Pl.
- 1 Schrubber 68 Pl.
- 1 Eekbrett 68 Pl.
- 1 Klosettbürste 68 Pl.
- 1 Waschständer 68 Pl.
- 2 Durchschläge zusammen 68 Pl.
- 1 Reibeisen 68 Pl.
- 1 Kuchenblech 68 Pl.
- 1 Königskuchenform ca. 30 cm 68 Pl.
- 1 Putzkasten zusammen 68 Pl.
- 1 Wickkasten 68 Pl.
- 1 Fussbank Pl.
- 1 Nudelrolle zusammen 68 Pl.
- 1 Reibekeule 68 Pl.
- 2 Küchenbretter 68 Pl.
- 1 Paar Messer und Gabel Solinger Fabrikat 68 Pl.
- 1 Briefkasten 68 Pl.
- 1 Teppichhandfeger 68 Pl.
- 2 Küchenbretter zusammen 68 Pl.
- 1 Fleischhammer 68 Pl.
- 1 Rosshaarhandfeger 68 Pl.
- 1 Reibeisen zusammen 68 Pl.
- 1 Burkenhobel 68 Pl.
- 1 Sieb Pl.
- 1 Trichter Pl.
- 1 Handtuchhalter Pl.
- 1 Garderobenleiste mit Haken 68 Pl.
- 1 Topfbrett ca. 70 cm 68 Pl.
- 1 Küchenbrett gross 68 Pl.
- 1 Gebäckkasten 68 Pl.

Schreibwaren

- 1 Schreib-Unterlage mit Kecken, grüner Stoff und gutes Löschpapier 68 Pl.
- 50 Bogen Briefpapier 68 Pl.
- 50 Umschläge undurchsichtig 68 Pl.
- 1 Postkarten-Album eleganter Einband, für 300 Karten 68 Pl.
- 1 Brieftasche mit Notizbuch, aus Kunstleder oder wasser-dichtem Stoff 68 Pl.
- 1 Kasten für Erinnerungen mit Bandverzierungen 68 Pl.
- 1 Postkarten-Album 100 Kriegspostkarten, in Stoff-Einband .. 68 Pl.
- 1 Schreibtasche (Ersatz für Federkasten) aus Kunstleder mit Zugschloss 68 Pl.
- 50 gemischte Postkarten 68 Pl.
- 1 Kasserolle mit Ring, 16 cm 68 Pl.
- 1 Milchtopf 2 Liter Inhalt ... 68 Pl.
- 1 Kehrschaukel dekoriert.. 68 Pl.
- 1 Waschsüssel mit Seifnapf ... Pl.
- 1 Küchenschüssel 32 cm 68 Pl.
- 1 Schmortopf 16 cm 68 Pl.
- 1 Fleischtopf 16 cm 68 Pl.
- 1 Kasserolle 18 cm 68 Pl.
- 1 Durchschlag 16 cm 68 Pl.
- 1 Kaffeeflasche 1 Liter Inhalt 68 Pl.
- 1 Nudelpfanne 68 Pl.
- 1 Markt Tasche mit Lederhenkel 30 cm Pl.
- 1 Wellenschere zusammen 68 Pl.
- 1 Brennmaschine 68 Pl.
- 1 Haussegen Brandmalerei-Nachahmung. 68 Pl.
- 1 Goldtasche für Damen od. Herren 68 Pl.
- 1 Kammgarnitur Kugelkamm und dazupassende Spange 68 Pl.
- 1 Einkaufsbeutel aus wasser-dicht. Stoff 68 Pl.
- 1 Schwarzwälder Uhr.... 68 Pl.
- 1 Halskette u. Brosche Bornstein-Nachahmung... 68 Pl.
- 1 Wandspiegel mit Holzrahmen, 33x38 cm. 68 Pl.

Selbst 68

- 1 Flasche Brillantine Pl.
- 11 Pakete Blitz-blank 68 Pl.
- 3 Stück Toilette-seife sortiert ... 68 Pl.
- 2 Pakete Streich-hölzer 68 Pl.
- 1 Flasche Putzwasser ... 68 Pl.
- 1 Flasche Bay-Rum 68 Pl.
- 1 Butterdose dekoriert.. 68 Pl.
- 1 Tunkenschüssel zusammen 68 Pl.
- 1 Salz-, Pfeffer- u. Senf-Behälter ... 68 Pl.
- 4 Kaffeetassen mit Untertassen, Golddekor 68 Pl.
- 1 Kuchenteller reich dekoriert... 68 Pl.
- 10 Kompotteller 68 Pl.
- 1 Bratenplatte 46 cm gross 68 Pl.
- 1 Schöpflöffel Delitdekor zusammen 68 Pl.
- 1 Schaumöffel 68 Pl.
- 1 Teesieb 68 Pl.
- 6 Abendrot-teller 68 Pl.
- 4 Speiseteller tief oder flach 68 Pl.
- 1 Kaffeekanne 12 Tassen Inhalt 68 Pl.
- 3 Kaffeebecher dekoriert.. 68 Pl.
- 4 Portionskaffeetassen mit Untertassen 68 Pl.
- 2 Blumenvasen mit patriotischem Bild 68 Pl.
- 1 Gemüse-schüssel gross, rasierte Form 68 Pl.
- 1 Teekanne gross, weiss oder mit Golddekor 68 Pl.
- 1 Kaffeekanne zusammen 68 Pl.
- 1 Milchtopf 68 Pl.
- 1 Zuckerdose 68 Pl.
- 1 Blechtablett dekoriert Pl.

Porzellan 68

- 1 Butterdose dekoriert.. 68 Pl.
- 1 Tunkenschüssel zusammen 68 Pl.
- 1 Salz-, Pfeffer- u. Senf-Behälter ... 68 Pl.
- 4 Kaffeetassen mit Untertassen, Golddekor 68 Pl.
- 1 Kuchenteller reich dekoriert... 68 Pl.
- 10 Kompotteller 68 Pl.
- 1 Bratenplatte 46 cm gross 68 Pl.
- 1 Schöpflöffel Delitdekor zusammen 68 Pl.
- 1 Schaumöffel 68 Pl.
- 1 Teesieb 68 Pl.

Emaille

- 1 Kasserolle mit Ring, 16 cm 68 Pl.
- 1 Milchtopf 2 Liter Inhalt ... 68 Pl.
- 1 Kehrschaukel dekoriert.. 68 Pl.
- 1 Waschsüssel mit Seifnapf ... Pl.
- 1 Küchenschüssel 32 cm 68 Pl.
- 1 Schmortopf 16 cm 68 Pl.
- 1 Fleischtopf 16 cm 68 Pl.
- 1 Kasserolle 18 cm 68 Pl.
- 1 Durchschlag 16 cm 68 Pl.
- 1 Kaffeeflasche 1 Liter Inhalt 68 Pl.
- 1 Nudelpfanne 68 Pl.

Galanterie 68

- 1 Markt Tasche mit Lederhenkel 30 cm Pl.
- 1 Wellenschere zusammen 68 Pl.
- 1 Brennmaschine 68 Pl.
- 1 Haussegen Brandmalerei-Nachahmung. 68 Pl.
- 1 Goldtasche für Damen od. Herren 68 Pl.
- 1 Kammgarnitur Kugelkamm und dazupassende Spange 68 Pl.
- 1 Einkaufsbeutel aus wasser-dicht. Stoff 68 Pl.
- 1 Schwarzwälder Uhr.... 68 Pl.
- 1 Halskette u. Brosche Bornstein-Nachahmung... 68 Pl.
- 1 Wandspiegel mit Holzrahmen, 33x38 cm. 68 Pl.

- 4 Rollen Toilettepapier 68 Pl.
- 1 Paar Filzpantoffel mit Linoleumsohlen, für Damen oder Kinder, in schönen Farben 68 Pl.
- 1 Flasche Mundwasser 68 Pl.
- 1 Gasanzünder mit Stein 3 Ersatzsteine 68 Pl.
- 4 grosse Abreissblocks 68 Pl.

Drohende Gaspreiserhöhung für Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung hat, wie bereits von uns erwähnt, die Vorlage des Magistrats, die eine Erhöhung des Gaspreises von 13 Pf. auf 16 Pf. für das Kubikmeter, also um rund 19 Proz. verlangt, nach Beratung in geheimer Sitzung einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Da bedauerlicherweise die Verhandlung über die Vorlage in geheimer Sitzung erfolgt ist und über die Beratungen in geheimen Sitzungen (mit Ausnahme des Endergebnisses) Verschwiegenheitspflicht besteht, wissen wir nicht, aus welchem Grunde nicht sofort die Ablehnung der Vorlage erfolgt ist.

Die Erhöhung des Gaspreises wäre eine sozial ungerechtfertigte Belastung insbesondere des Mittelstandes, der Arbeiter und eine Verringerung desjenigen Teiles der Bevölkerung, der elektrisches Licht brennt oder Gas von der englischen Gesellschaft (Imperial Continental Gasassociation) bezieht. Wie kommt der Magistrat zu dem Verlangen auf Erhöhung des Gaspreises? Es wird für die Erhöhung die Tatsache angeführt, daß die Herstellungskosten des Gases infolge der Kriegsverhältnisse erheblich gestiegen sind. Das trifft zu; der Preis der Kohlen ist gestiegen; die Ausgaben der Verwaltung mögen infolgedessen über 12 Millionen Mark mehr als in der Friedenszeit betragen. Die Einnahmen aus den Nebenprodukten (Koks, Teer usw.) sind auf jährlich über 2 Mill. Mark gesunken. Endlich mag mit jährlich rund einer Million Mehrausgaben für Arbeiterlöhne zu rechnen sein, weil infolge der Einberufungen vieler leistungsfähiger Arbeiter zu den Fabriken ungeübte Arbeitskräfte beschäftigt werden müssen und dadurch ganz erhebliche Mehrkosten der Verwaltung erwachsen. Demnach würde die Mehrausgabe rund 15 Millionen Mark betragen. Infolge dessen wird der Etat der Gaswerke nominal statt mit einem zu unecht erwarteten Ueberschuß von 5 bis 6 Millionen mit einem nominalen Defizit von über 8 Millionen Mark abschließen. Das rechtfertigt aber keineswegs eine Erhöhung der Gaspreise. Eine solche wäre nur gerechtfertigt, wenn das Defizit tatsächlich besteht, ein dauerndes zu werden droht und weder aus Rücklagen aus früheren Jahren noch aus allgemeinen Steuern gedeckt werden könnte. Keine dieser Voraussetzungen trifft zu.

Zunächst ist das Defizit von 8 Millionen in dieser Höhe nur ein nominelles. Von dem Defizit wäre zunächst die Summe in Abzug zu bringen, die die öffentliche Verwaltung erfordert, das mögen etwa 5 bis 6 Millionen Mark für das Etatsjahr sein. Das dann noch verbleibende Defizit der Gaswerke von 2 bis 3 Millionen Mark beträgt weit weniger als durchschnittlich jährlich der allgemeine Stadtkosten aus den Gaswerken hat bezogen hatte. Ist es da ungerecht, daß aus der allgemeinen Stadtkasse, in die das Reservekapital der Gaswerke gestossen ist, jetzt das Defizit, das ja voraussichtlich bald nach dem Frieden wieder verschwinden wird, gedeckt wird? Freilich würde möglicherweise für das kommende Jahr zur Deckung von 8 Millionen Defizit eine Erhöhung um rund 20 Proz. der Einkommensteuer erforderlich sein. Diese Erhöhung wäre aber für den Mittelstand und die Arbeiter erheblich niedriger als die Gaspreiserhöhung. Es kann sich das leicht jeder an der Hand seiner Gasrechnung und seines Steuerzettels ausrechnen. Diese Art der Deckung des Defizits hat ferner den Vorteil, daß sie gerechter ist, weil sie auch die Wohlhabenden trifft. In Berlin sind rund 42 000 Personen mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 M., und rund 29 000 Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 8000 M. veranlagt. Deshalb sollen diese Wohlhabenderen, die zumeist elektrisches Licht brennen, von der Deckung der durch den Krieg herbeigeführten vorübergehenden Mindereinnahmen der Stadt befreit sein?

Würde der Gaspreis erhöht, so hätte darunter auch der sich in Bedrängnis befindliche Teil der Hausbesitzer erheblich zu leiden. Werden diese nicht die neue Last auf die Mieter abzuwälzen suchen? Würde dadurch nicht der Mittelstand und die Arbeiter doppelt belastet? Es läßt die Ungerechtigkeit hinzu, daß der Teil der Bevölkerung, der an die Werke der englischen Gesellschaft angeschlossen ist, die Gaspreiserhöhung nicht zu zahlen hätte. Nach dem Vertrage zwischen Berlin und dieser leider noch immer privilegierten englischen Gesellschaft darf keiner von beiden Teilen die Gaspreise einseitig erhöhen. Es ist schon glaublich, daß auch die reiche englische Gesellschaft ihre Einwilligung zur Preiserhöhung gibt, um auch ihre Preise erhöhen zu können. Aber der Reichsanwalt wird sicherlich seine nach der Bundesratsverordnung erforderliche Zustimmung hierzu versagen. Oder glaubt in der Tat ein Magistratsmitglied, der höchste Beamte des Reichs werde genehmigen, daß eine englische Gesellschaft jährlich 8 bis 12 Millionen Mehreinnahmen erhält, weil durch Abschneidung der englischen Kohlen sie eine Mindereinnahme in dieser Höhe hätte? Das hieße ja geradezu eine Prämie auf die verluste Elode Deutschland setzen, deutsche Bürger für die Belastung besteuern, die England einer englischen Gesellschaft auferlegt.

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage ablehnen wird. Ob es überhaupt erforderlich sein wird, den Ausfall aus den Gaswerken zu decken, wird sich erst nach Bekanntgabe des Etats ersehen lassen. Allerdings neigen wir der Ansicht zu, daß eine solche Deckung notwendig wird, auch wenn in Rücksicht gezogen wird, daß das Reich bislang schon über 50 Millionen Mark vorgestreckter Unterstützungen für Kriegsfamilien der Stadt Berlin zu ersehen hat.

Die geplante Gaspreiserhöhung bedroht nicht nur die Stadt Berlin, sondern auch die von den städtischen Gaswerken versorgten Gemeinden. Das sind: Ahrensfelde, Alt-Glienitz, Borsdorf, Blantenburg, Blantensfelde, Blumberg, Bohnsdorf, Busch, Falkenberg, Gosen, Karow, Klosterfelde, Liebenwalde, Mahlow, Mühlenbeck, Neuhittau, Niederlehme, Panow, Pläyensee, Reinsdendorf, Rummelsburg, Schildow, Schmiedewitz, Schöneberg, Schönwalde, Straßau, Treptow, Wandlitz, Wartenberg, Wernsdorf, Zepernitz.

Aus Groß-Berlin.

Die Neuregelung der Butterverteilung.

Zur Vorbereitung der Einführung der Butterkarten werden am Sonnabend, den 11. März, Sonntag, den 12. März, und Montag, den 13. März, den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern Formulare zugehen, in welche die in den Häusern wohnenden Haushaltsvorstände mit Namen

und Beruf und der Gesamtzahl der in dem Haushalt befindlichen Haushaltsangehörigen (einschließlich der Kstermieter, Schlafburschen usw.) einzutragen sind; ferner ist einzutragen, wieviel Kinder in dem Haushalt in den Jahren 1914, 15, 16 und wieviel in den Jahren 1902 bis 1913 geboren sind. Die Eintragung kann durch den Hausbesitzer oder durch den Haushaltsvorstand erfolgen. Der Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter ist für die ordnungsmäßige Ausfüllung verantwortlich und hat die Liste zu unterschreiben. Die Haushaltsvorstände ihrerseits sind, sofern sie nicht die Eintragung selbst vornehmen, verpflichtet, dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Die ordnungsmäßige Erledigung liegt im eigenen Interesse der Beteiligten, da irgendwelche Unklarheiten und Unrichtigkeiten die Nichtberücksichtigung bei der Verteilung der Butterkarten zur Folge haben können.

Die Ausfüllung der Listen muß bis spätestens Montag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr, erfolgt sein, da dann die Listen wieder abgeholt werden.

In der Bevölkerung ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Abgabe der Brotkartenmittelsstücke der 3. Woche in einem Buttergeschäft dem Brotkarteninhaber ein Recht und eine Garantie für den künftigen Butterbezug gewährt. Diese Auffassung ist irrig. Die Anordnung, daß die Mittelsstücke beim Butterhändler abzugeben sind, diente lediglich dazu, die endgültige Verbrauchsregelung für Butter vorzubereiten. Selbstverständlich sind auch die Butterhändler keineswegs berechtigt, den Personen, die ihnen keine Brotkartenmittelsstücke abgegeben haben, die Abgabe von Butter etwa zu verweigern. Ein solches Verfahren ist auch gemäß der Aushangverordnung der Preisprüfungsstelle vom 28. Januar d. J. strafbar.

Bekanntmachung.

Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: Die Herstellung einer Druckschrift ohne die im § 6 des Gesetzes über die Presse vorgeschriebenen Vermerke der Namen und Wohnorte des Druckers und des Verlegers oder Herausgebers ist verboten. Es ist ferner verboten, Druckschriften ohne die genannten Vermerke auf irgendeine Weise, sei es als Votiv, Zettelverteiler, Kolporteur oder sonstwie zu verbreiten. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden, wenn die Befehle keine höhere Strafe bestimmen, nach Maßgabe des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bestraft. Berlin, den 10. März 1916.

Der Oberbefehlshaber in den Marken. gez. von Kessel.

Heraushebung der Kartoffelmehlpresse.

Nachdem die gesetzlichen Höchstpreise für Kartoffelmehl seit 29. Februar 1916 herausgehoben worden sind, hat der Berliner Magistrat einer Heraushebung der Kartoffelmehlpresse im Kleinhandel vom 13. März 1916 ab, bis zu welchem Tage er Kartoffelmehlpresse noch zu den bisherigen Preisen zur Verfügung stellt, zugestimmt. Er hat deshalb die von ihm zur Abgabe von Kartoffelmehlpresse ermächtigten Stellen verpflichtet, darauf zu halten, daß vom 13. März ab im Berliner Kleinhandel für das Pfund Kartoffelmehlpresse dem Verbraucher höchstens 85 Pf. berechnet würden. Bei der Heraushebung des Preises bleibt der Augen der Händler unverändert.

Kein Höchstpreis für Sprosskohl.

Der zuständige Sachausschuss der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin für Kartoffeln, Gemüse, Obst hat in seiner letzten Sitzung festgestellt, daß Sprosskohl (Sprosskohl) nicht unter die Höchstpreisverordnung des Magistrats vom 9. Februar fällt, weil dieser Kohl bereits als zur Ernte 1916 gehörig anzusehen ist.

Als Fliegerleutnant und sein Versteher treten zwei Schwindler auf, die es auf Zimmervermietern abgesehen haben. Der „Offizier“, der sich von seinem „Burschen“ begleiten läßt, erzählt den Vermietern, besonders in Charlottenburg, daß er in Döberitz beschäftigt sei, aber dort nicht wohnen wolle. Sobald er gemietet hat, soll der Bursche sein Gepäck holen. Unter irgend einem Vorwande braucht er dazu Geld und läßt sich von der Wirtin ausbellen. In einem Falle ließ er auch ein Pfand zurück, eine Stoppuhr, die aus Gold sein sollte, sich aber hinterher als fast wertlos erwies. In diesem Falle erbeutete er 40 M. Der falsche Leutnant, der sich Fritz Dengler nennt, ist etwa 28 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes Haar, spricht schwäbische Mundart und trägt zu seiner Uniform württembergische und bayerische Ordensbänder. Der angebliche Bursche, ein Mann von etwa 30 Jahren ist übermittelgroß, ebenfalls blond und barlos und trägt Infanterieuniform mit grauem Mantel und Mütze. Er lehrte vom „Gepäckholen“ nie zurück, und sobald er seinen Gang angetreten hat, verschwindet auch der „Herr Leutnant“.

Keine neue Gemeindegewählerliste.

Der Magistrat hat beschlossen, auf Grund der Verordnung vom 7. Juli 1915 für dieses Jahr von der Berichtigung und Auslegung der Gemeindegewählerliste abzusehen.

Auf freischer Tat überrascht wurde in der vorletzten Nacht ein Geldkrankhader, der einen Eindruck in die Geschäftsräume der Kopier-Union-Gesellschaft in der Helmstädter Straße verübt hatte. Auf einem Streifgange bemerkte in der Nacht gegen 2 Uhr ein Wilmersdorfer Schuttmann in der Helmstädter Straße einen Mann, der ihm infolge seines scheuen Benehmens verdächtig vorkam. Der Beamte versuchte dem Verdächtigen vorsichtig zu folgen, verlor diesen jedoch plötzlich aus den Augen. Nun begab sich der Schuttmann nach dem Hause Helmstädter Str. 29, aus dem der Unbekannte gekommen zu sein schien. Hier begegnete ihm eine Hausbewohnerin, die soeben erst nach Hause gekommen war, und machte ihn darauf aufmerksam, daß offenbar in die in dem Hause befindlichen Geschäftsräume der Kopier-Union-Gesellschaft eingebrochen worden sei. Diese Vermutung erwies sich als zutreffend. Die Türen waren gewaltsam erbrochen und von dem Gelbkranker waren bereits die Geschäfte entleert und der Geldschrank selbst an einer Stelle schon angebohrt. Der Schuttmann versuchte nun, die Spur des Verdächtigen wieder aufzunehmen und in der Gänkelstraße sah er den Gefuchten. Der Ueberraschte versuchte sich zwar zur Wehr zu setzen, wurde jedoch von dem Schuttmann überrollt. Auf dem nächsten Polizeirevier entpuppte sich der Festgenommene als ein 27 Jahre alter „Gelegenheitsarbeiter“ Emil Reine. Daß man mit seiner Verhaftung einen guten Fang gemacht hat, geht daraus hervor, daß bei dem Festgenommenen eine vollständige Ausrüstung moderner Einbrecherwerkzeuge vorgefunden wurde. Der Verhaftete wurde dem Schöneberger Polizeipräsidium zugeführt.

Kinderandienung. Im Hausflur des Hauses Mühlenstr. 86 in Berlin fanden Bewohner einen etwa drei Monate alten Knaben, der erst kurz vorher dort niedergelegt worden sein mußte. Der Kleine war in einen rotfarbenen Umhang gewickelt und mit rot-weiß gestreifter wollener Jade mit blauen Bändern bekleidet. Der Findling wurde dem nächsten Polizeirevier übergeben und von dort nach dem städtischen Waisenhaus gebracht.

Das Verhängnis von einem Frauenmorde war gestern im Nordosten von Berlin verbreitet. Auf einem Wagenplatz am Danziger Platz wurde eine unbekannte Frau tot aufgefunden. Ihre ganze Kleidung war stark beschmutzt, als wenn sie im Schmutze herumgewälzt worden wäre. Weil man mit der Möglichkeit eines Verbrechens rechnete, so benachrichtigte das 98. Revier die Kriminalpolizei. Polizeirat Braun begab sich alsbald mit mehreren Beamten hinaus, um den Befund festzustellen. Es ergab sich, daß die Leiche keine Spur von Gewalt aufweist. Die Tote ist eine ältere Eddachloie, die in jener Gegend dem Ansehen nach bekannt war. Sie hat wahrscheinlich schwer betrunken wieder das Kgl. aufsuchen wollen, aber nicht mehr hingefunden und ist in der Nacht auf dem Plage unter der Einwirkung des Alkohols und der Kälte gestorben. Die Frau ist etwa 50 bis 60 Jahre alt, hat graugelbes Haar und blaue Augen, ist klein und schwächlich von Gestalt und trug abgetriebene Kleidungsstücke, deren Farbe vor Schmutz noch nicht feigefleckt werden konnte. Wahrscheinlich hat sie sich im Todeskampfe umhergewälzt.

Eine schwere Gasexplosion ereignete sich gestern nachmittags gegen 7 Uhr in dem Hause Ruppiner Straße 37. Die dort in einer auf dem Hofe befindlichen Parterrewohnung wohnende Frau des im Felde stehenden Handelsmannes Peters war von ihrer Arbeitsstätte nach Hause gekommen und wollte mit einem Streichholz Licht anzünden. Da in dem Hause seit etwa 14 Tagen Gasleitungen verlegt werden, war jedenfalls an einer Stelle Gas entwichen und hatte sich in der Wohnung verbreitet. Dieses entzündete sich an der Flamme des Streichholzes und es erfolgte eine gewaltige Explosion. Dadurch wurden nicht allein die Fenster des betreffenden Grundstücks, sondern auch noch die in verschiedenen Gebäuden der Nachbarschaft zertrümmert. Frau Peters selbst und ihr fünf-jähriges Söhnchen wurden schwer verletzt, und auch andere Personen erlitten durch umherfliegende Glascherben und Mörtelstücke leichtere Verletzungen. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den entstandenen Brand. Die schwerverletzte Frau Peters und das Kind wurden nach Anlegung von Notverbänden nach dem Lazarus-Frankenhause gebracht.

Der Etat der städtischen Markthallen (Berlin) für 1916/17 sieht einen Ueberschuß von 278 000 M. gegen 327 000 M. im laufenden Etat vor. Die Einnahmen sind um rund 1 800 000 M. geringer bemessen und danach die Ausgaben ebenfalls. Das Extraordinarium ist um rund 4 Millionen auf rund 1 008 000 M. verringert worden. Der Hauptabfluß sieht Einnahmen in Höhe von 4,4 Millionen Mark gegen 10,2 Millionen Mark im laufenden Etat und Ausgaben in Höhe von 4 120 000 M. gegen 3,36 Millionen Mark im Jahre 1915/16 vor. Aus Stadtmieten werden insgesamt rund 2,2 Millionen Mark oder 91 000 M. weniger erwartet, dafür sollen Keller, Ladenmieten, Kühlräume usw. 60 000 Mark mehr oder 810 000 M. einbringen. In allen Hallen ist die Wetzung der Monatsstände jezt erheblich zurückgegangen. Und ein weiterer Rückgang ist nicht ausgeschlossen. Auch bei den täglichen Stadtmieten macht sich schon ein Rückgang geltend.

Am Pranger!

Ein wirksames Abschreckungsmittel verfügte das Reichskammergericht in einer Verhandlung gegen eine Milchspankerin. Die Molkereibesitzerin Jba K a u p s ch vom Reichsplatz 1 zu Neukölln hatte Milch, die sie verkaufte, 40 Proz. Wasser zugefügt. Das Reichskammergericht verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 60 M. oder 20 Tage Gefängnis und verfügte, daß sie das Urteil im Schaufenster ihres eigenen Milchladens auszuhängen habe.

Verbesserte Postverbindungen nach dem Osten.

Vom 13. März d. J. ab werden zwei Postzüge den postalischen Verkehr nach der Ostfront beschleunigen, die von Berlin als dem Zentralpunkt abgehen. Bisher mußte ein Teil der Päckchen, die für die Ostfront bestimmt waren, mit den gewöhnlichen Zügen in Einzelwaggons befördert werden, wobei es unvermeidlich war, daß diese Eisenbahnfeldpostwagen unterwegs gelegentlich Verzögerungen erlitten. Mit der Einlegung eines zweiten regelmäßigen Postzuges soll die sichere Beförderung der Feldpost nach dem Osten, vor allem aber die beschleunigte Beförderung, gewährleistet werden.

Selbstmord eines Fünfzehnjährigen. Mit einer Schußwunde wurde in bestimmungslosem Zustande der 15jährige Kontorbursche Wllm Holzhauser aus Jochenneudorf auf dem Gelände bei Koblenzborf am Rangiergleis der Berliner Ostbahnen aufgefunden. Neben dem Bewußtlosen lag ein Revolver, aus dem D. sich eine Kugel in die Schläfe geschossen hatte. Der Schwerverletzte wurde nach dem Königin-Elisabeth-Hospital in Oberichoneweide gebracht, wo er unmittelbar nach seiner Aufnahme, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, starb. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. D. war bei der Petroleum-Verkaufsgesellschaft, Abteilung Berlin, am Kupfergraben beschäftigt. Dort hat er sich nichts zuzuschulden kommen lassen.

Zweiter 25. Pfennig-Sonntag im Jas. Auch die Verwaltung unseres Jas trägt den Kriegsumständen Rechnung. Zunächst ver-suchswerte für 1916 soll das billige Eintrittsgeld von je 25 Pf. für Jas und Aquarium außer am ersten, fortan auch am dritten Sonntag jeden Monats gelten.

Verhaftung dreier Willeneinbrecher.

In Falkenhagen-Wald, wo viele Berliner Landhäuser besitzen, waren seit einiger Zeit fortgesetzt Einbrüche in unbewohnte Villen verübt worden, ohne daß es gelingen wollte, der Täter habhaft zu werden. In der Nacht zum Donnerstag hatten die Einbrecher zwei Villen in der Wehmannstraße heimlich und nach vollbrachter Arbeit ein wüstes Gelage veranstaltet. Dabei hatten sich die Spitz-huben etwas verpatet und so wurde es 1/7 Uhr morgens, als der erste Einbrecher sich mit einem Teil der Beute nach dem Bahnhof Seefeld begab, während die übrigen Wurschen an Ort und Stelle verblieben, um die gemachten große Beute mittels Handwagens fortzuschaffen. Auf dem Wege zum Bahnhof begegnete der Einbrecher dem Trainsoldaten Gottschalk, der aus Falkenhagen stammt und dem der Wursche verdächtig vorkam. Kurz entschlossen sagte der Soldat den Fremden am Kragen und zwang ihn einzugehen, wo er keine Beute gemacht hatte. Dann mußte der Einbrecher mit dem Soldaten nach dem Schuttplatz der nächsten Einbrüche wandern. Kurz vor dem Hause herrte Gottschalk den Fest-genommenen in einen Stall ein und machte sich dann auf, die übrigen Spitzhuben zu überraschen. Als er das Grundstück betrat, führten drei junge Männer aus dem Erdgeschoss an ihm vorbei und suchten zu entfliehen. Der Soldat nahm jedoch sofort die Ver-folgung auf und nach einer aufgeregten Jagd gelang es ihm, einen der Wurschen einzufangen und zu überrollen. Dann brachte der Soldat die beiden von ihm ergriffenen Einbrecher nach der Polizei-wache. Bald darauf wurde dort ein dritter Komplize eingeliefert, der auf dem Bahnhof Seefeld ergriffen worden war.

Der Verein für Kinderwaisenhäuser und Volkshilfsvereine verleiht im Monat Februar in seinen 44 Kinderwaisenhäusern 435 149 Portionen Mittagsessen an die bedürftigen Gemeindeglieder der Stadt Berlin. In der gleichen Zeit wurden kostenlos oder gegen mäßiges Entgelt 105 057 Mittagsportionen abgegeben. Außerdem wurden in den 24 Bürger- und Mittelschulen des Vereins 430 627 Mittags- und Abendportionen angesetzt. Neueröffnet wurde in den Räumen des früheren Restaurants „Zum Veit vom Staffelfeld“, Prinz-Louis-Straße 1, die Mittelschule Friedrichstraße.

Straßenperrungen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Friedrichstraße zwischen der Georgen- und der Dorothienstraße wird wegen Untergrundbahn-Bauarbeiten vom 13. März ab für den Fahrverkehr gesperrt. — Die Prinz-Louis-Straße zwischen Georgenstraße und Straße Am Weidendamm wird wegen Kanalarbeiten vom 13. März ab auf ungefähr 2 Monate für den Fahrverkehr gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Metalllieferung in Wilmersdorf.

Der Magistrat Wilmersdorf schreibt uns: Es gehen wiederholt Anfragen ein, daß es immer noch Personen gibt, die die in ihrem Besitz befindlichen beschlagnahmten Metallgegenstände nicht abgeliefert haben.

Es wird darauf hingewiesen, daß in Wilmersdorf vom 13. d. Mts. ab die Sammelstelle I. Gemeindegemeinschaft I. Brandenburgische Str. 5/7, bis auf weiteres täglich von 1/9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags zur Abnahme der abgelieferten Metallgegenstände geöffnet bleibt, und daß für alle Gegenstände, auch für die feineren nicht gemeldeten, der gesetzliche Hebernahmepreis gezahlt wird.

Neuregelung der Mietsbeihilfen in Weiskensee.

Die Kriegshilfskommission hat mit Unterstützung unserer Fraktion beschlossen, vom 1. April ab das Existenzminimum zur Erreichung der Mietsunterstützung in folgender Weise zu erhöhen:

Für eine Frau ohne Kind von 40 M. auf 60 M., mit 1 Kind von 50 M. auf 75 M., mit 2 Kindern von 60 M. auf 85 M., mit 3 Kindern von 68 M. auf 95 M., mit 4 Kindern von 76 M. auf 105 M., mit 5 Kindern von 84 M. auf 115 M., mit 6 Kindern von 89 M. auf 125 M. und für jedes weitere Kind 10 M. mehr. Alle Anträge, die nach den alten Bestimmungen abgelehnt worden sind, müssen und können jetzt schon erneut gestellt werden.

Fettverkäufe in Reinickendorf.

In den Lebensmittel-Verkaufsgeschäften der Gemeinde wird vom Montag, den 13. März, ab ein einmaliger Verkauf von Schmalz, Butter und Margarine stattfinden.

Es werden, soweit die zur Verfügung stehende beschränkte Menge reicht, pro Fettkarte 100 Gramm Schmalz oder Butter oder 125 Gramm Margarine, für einen Haushalt insgesamt aber nicht mehr als ein Pfund abgegeben.

Der Verkaufspreis beträgt für Schmalz 2,70 M. pro Pfund, Butter 2,65 M. pro Pfund, Margarine 1,50 M. pro Pfund.

Die Köpenicker Genossen zur Vorstandskonferenz im Kreise Teltow-Weeslow.

Auf dem gemeinschaftlichen Jahlabend des Wahlvereins Köpenick, an dem 45 Personen teilnahmen, wurde über die Konferenz der Wahlvereinsvorstände im Kreise berichtet. Vom Genossen Krüger wurde folgende Resolution vorgelegt: „Der gemeinschaftliche Jahlabend zu Köpenick billigt es, daß die Kreisvorstandskonferenz Teltow-Weeslow am 30. Januar zu der Sonderaktion der Zwanzig im Reichstage Stellung genommen und diese Sonderaktion beurteilt hat.“ Genosse Veher stellte einen Antrag auf Nichtbilligung dieses Beschlusses und auf Einberufung einer Kreis-Generalversammlung. In der Debatte hierüber wurde auch das Erscheinen der „Fackel“ kritisiert. Genosse Heinrich bezeichnete die Herausgabe der „Fackel“ als einen Skandal und erklärte auf Aufforderung, darüber am nächsten Jahlabend weitere Ausführungen machen zu wollen. Der Antrag Krüger wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Der zweite Teil des Antrages Veher, auf Einberufung einer Kreis-Generalversammlung, wurde gleichfalls angenommen.

Gemeindevertreterwahlen.

Treptow-Baumschulweg. Sonntag, den 12. März, vormittags von 8-12 Uhr, finden die Wahlen für die dritte Abteilung im 1. und 2. Wahlbezirk statt.

Die Wähler des 1. Wahlbezirks, im Ortsteil Treptow gelegen, wählen im Paradiesgarten, Alt-Treptow 4/5.

Kandidat ist der bisherige Gemeindevertreter Architekt Adolf Kroebel.

Die Wähler des 2. Wahlbezirks, im Ortsteil Baumschulweg gelegen, wählen in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft, Kiehlstr. 274.

Kandidat ist der bisherige Gemeindevertreter Metallarbeiter Joseph Hartmann.

Wahlberechtigt ist, wer am 30. Januar 1915 ein Jahr in einem der beiden Bezirke wohnte.

Voraussetzung ist, daß derselbe in der Wählerliste steht und seine Steuern für das Steuerjahr 1914/15 entrichtet hat.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke ist aus dem im Orte ausliegenden Platate ersichtlich.

Brig. Sonntag, den 12. März 1916, mittags von 12-2 Uhr, findet in der Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft, Eingang Werderstraße 24, die Wahl von zwei Gemeindevertretern für die III. Abteilung statt. Unsere Parteiorganisation hat als Kandidaten die beiden bisherigen Vertreter, die Genossen: Eigentümer Franz Kitzing, Rudower Straße 85, und Ladierer Emil Eberhardt, Werderstr. 29, wieder aufgestellt.

Der Wahl liegt die Wählerliste des Jahres 1915 zugrunde. Wahlberechtigt ist, wer am 30. Januar 1915 ein Jahr in Brig wohnte und zurzeit noch wohnt. Voraussetzung ist, daß derselbe in der Wählerliste steht.

Johannisthal. Sonntag, den 12. März 1916, nachmittags 2 Uhr, findet im „Rastkeller“, Königsplatz 1, die Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung für die 3. Klasse statt.

Die beiden ausscheidenden Parteigenossen Gustav Radumke und Gustav Widisch sind wieder als Kandidaten aufgestellt.

worben. Da die Wahlhandlung als Wahlversammlung vor sich geht, so muß jeder Wähler vor 2 Uhr im Wahllokal anwesend sein. Wer zu spät kommt, geht seines Wahlrechts verlustig. Gewählt wird auf Grund der Wählerliste von 1914. Dieselbe ist noch einzusehen beim Gen. Albert Böhm.

Es ist Ehrenpflicht aller Parteigenossen, sich an der Wahl zu beteiligen und säumige Wähler zur Wahl zu veranlassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Samstag von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Zusatze und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Briefe etc. und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

Berta 71. 2. Erfundigen Sie sich zunächst beim Abfender, ob die Kartoffeln an Sie abgeliefert sind. Eventuell können Sie Schadenersatz von der Bahnverwaltung verlangen. — G. N. 8. Eine monatliche Reklamation durch die Firma ergeht und zwecklos; Sie müssen abwarten, ob die Entlassung erfolgt. — G. N. 1000. Durch die Einziehung zum Militär sind die Rechte aus der Invalidenversicherung nicht erloschen. Sie brauchen für Ihren Mann keine Sorgen haben. — Kartoffel. Sie müßten sich mit einer Beschwerde an das preussische Ministerium des Innern wenden. — R. O. 8. Wegen allgemeiner Körperchwäche zurückgestellt. — Wittenberg. Die Verordnung ist in Kraft getreten; Ihre Mutter muß unter Vorlegung des Unterhaltungsanspruchs Antrag auf Unterstützung bei der zuständigen Steuerstelle stellen. — B. 70. Erwiesen Sie beim Amtsgericht gegen den Mann einen Zahlungsbefehl; er muß für den Schaden haften. — G. N. 24, 28/29. Abfindung soll erfolgen, soweit Urlaub vorhanden ist. — Landwehr 81. Sie können Arbeit annehmen. — H. R. 22. 1. Erblichkeitschronische Erkrankungen eines Ohrs; landsturmpflichtig. 2. Herzkrank; zurückgestellt. 3. Herzkrank; dienstfähig. 4. Das können wir mit Sicherheit nicht sagen, das liegt in der Kommando-gewalt des Kaisers. 5. Ja. — R. 18. Sie können nur von einer Krankenkasse die Wochenbeihilfe beziehen. — W. N. 100. 1. Da Sie die Tür beschädigt haben, werden Sie das Schloss nicht erneuern können oder Sie müßten die Tür wieder in denselben Zustand versetzen, in dem Sie sich vorher befand. Dazu werden Sie nicht imstande sein. 2. Ueber Ihre Dienstfähigkeit entscheidet der Militärarzt. — W. N. 1893. Sie sind trotzdem zur Alimentation verpflichtet. — W. N. 87. 1. Rein. 2. Ja. — W. N. 200. Die Verwalterin kann die Herausgabe der Sachen solange verweigern, bis die Mietschuld gedeckt ist. — G. N. 19. Sie können nicht den Kaufwert der Sachen beanspruchen, sondern müssen für die Abnutzung etwas in Abrechnung bringen. Eventuell müßten Sie Klage erheben. — R. N. 26. Da Sie schon gemahnt haben, werden Sie zunächst einen Bescheid abwarten müssen. Die Erteilung des Bescheides verzögert sich in der jetzigen Zeit. — R. N. Ja. — W. N. 600. Die Zeichen bedeuten: Herzkranke und doppelte Unterleibsbrüche. Nach Ihrer Mitteilung sind Sie jedenfalls zur Entlassung vorgemerkt. — C. N. 1. 1. Rein. 2. Mit dem Nationalvermögen 3. Ja. — H. N. 25. Die Bezeichnung kennen wir nicht. — H. N. 1893. Sie sind trotzdem zur Zahlung der Alimente verpflichtet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Vorwiegend trübe und neblig, mit wiederholten, stellenweise starken Niederschlägen. Temperaturen wenig verändert.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 6. März verstarb unser Parteigenosse

Hermann Meyer

Welfenstr. 46, 21. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, den 11. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Neuköllner Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
236/20 Der Vorstand.

Deutscher Banarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Südost.

Am 8. März starb unser Mitglied, der Bauer

Albert Traute.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
140/30 Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einschläger

Otto Lehmann

am 3. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
118/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Nachruf.

Am 8. März entschlief sanft nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann

Albert Traute

im 66. Lebensjahre.
Dies zeigen selbstbeträgt an
Witwe Wanda Traute
nebst Angehörigen,
Baldenstraße 32.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahnteile Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vergolder

Karl Linke

Vornholmer Straße 2
im Alter von 56 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gieseler-Kirchhof in Niederschönhausen-Nordend, Blauenfelder Straße, statt.
83/17 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.

Am 9. März verstarb plötzlich unsere Kollegin

Lotte Krüger

im 30. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
Im zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen ersucht
Der Personalausschuß.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitstücher

Karl Ziese

am 9. März im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Friedhofs in Weiskensee, Falkenbergstr., aus statt.
62/15 Die Bezirksverwaltung.

Am 26. Februar 1916 fiel im Kampfe unser innigstgeliebter Hoffnungsohn, mein guter Bruder

Walter Gast

Einjähriger im Leib- Grenadier-Regiment Nr. 8
im blühenden Alter von 21 1/2 Jahren.
Dies zeigen im tiefsten Schmerz an
Karl und Marie Gast
als Eltern
Otto Gast als Bruder.
Simon-Dach-Straße.

Dankfagung.

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen

Adolf Mantel

die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit den herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Vaters, des Gastwirts

Louis Wildner

sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen und Verbänden meinen herzlichsten Dank.

Emmy Wildner,

Friedrich-Karl-Straße 9/10.
Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Kommunale Kriegsstüpsorge

Von Paul Hirsch, Mitgl. des preuß. Abgeordnetenhauses, Stadtverordneter

Preis 1 Mark

Vercinsausgabe 50 Pf. 18

Eine Schrift, die in allgemeinen Umrissen eine sachliche Uebersicht über die wichtigsten Geschehnisse deutscher Stadt- und Landgemeinden auf dem Gebiete kommunaler Kriegsfürsorge gibt. Für alle Stadtverord., Gemeindevertreter sowie für die kommunalen Beamten und Ehrenbeamten ist diese Arbeit von großem Wert

Buchhandlung Vorwärts

SW 68, Lindenstraße 3

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Außerst günstig!!!

Niedrigste Preise

bei größter Auswahl!!!

1500 Gummimäntel, prachvolle Ausführungen, blau, grün, rot, weiß, gold, kastanienbraun, Glockenform, recht weite Schnitts, in Woll-, Popeline, Gloria Seide, federleicht, beste Gummierung, teilweise aus Friedensseiden, für Damen (auch für Herren, sowie Offiziersmäntel) 65,-, 45,-, 32,-, 25,-, 20,-, 18,- Seldens und wollene Mäntel, imprägniert, Ersatz für Gummimäntel, wasserfest 48,-, 36,-, 25,-, 15,-	1200 Modell-Kostüme aus Kammergarn, Tuch, Seide, Taffet, Eolienne, schwarz-weiß-kariert, Fantasiestoffe, Ersatz für Salons und Atelierarbeit, entzückende Ausführungen, Glockenschnitts, mit recht weiten Rücken, einfache und glatte Formen, selbst für den verwöhntesten Geschmack, 150,-, 110,-, 75,-, 53,-, 36,-, 25,- Besonders schöne Backfischkostüme mit Glasbatsgarantierungen, in blau, grün, mode 45,-, 33,-, 28,-, 18,-
---	--

Koverkotmäntel, kurz, halblang, ganz lang,
in den wunderbarsten Macharten, Glockenform mit Spangens und kurzen Pelzriemen, glatte Formen mit sanfteren Stepparbeiten, reizende Neuheiten, beste Qualitäten, auch mit Seide gefüttert
59,- 45,- 30,- 25,- 19,- 15,-
Kurze Pelzjacks 80,-
Rechter Norramantel mit Hermelin 500,-
Langer, rechter Pelzmantel . . . 100,-
Kurze Pelzjacks 50,-

Auswahlendungen nach außerhalb gegen Anzahlung
I. Geschkts
Mohrenstr. 37a
(Kolonnaden)

Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Westmann
II. Geschkts
Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)

Möbel-Beiser

Trotz des Krieges liefere zu konkurrenzlosen billigen Preisen

Lothringer Strasse 67, am Untergrund-Bahnhof Schönhauser Tor

Stube und Küche	Anzahl.	2 Stuben u. Küche	Anzahl.	2 Stuben und Küche	Anzahl.
2 Bettstellen 2 Matratzen m. 2 Kissen 1 Kleiderschr. 1 Spiegel 1 Spiegelgld.	1 Tisch 2 Stühle 1 Küchenschbr. 1 Küchenschtk. 1 Küchenschtk. 1 Küchenschtk. 1 Küchenschtk.	nussbaum furniert 1 Kleiderschr. 1 Trumess 1 Waschtisch 1 Sofa 1 Waschtisch 1 Tisch 2 Bettstellen 4 Stühle 2 Matratzen m. Kissen kompl. Küche	55	in Nussbaum u. mod. Ausföhr. 1 mod. Kleiderschr. 1 mod. Verkle. 2 engl. Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtisch 2 Nachtschränke	75
Wochenrats 2.50 M. Mark		Wochenrate 4.50 M. Mark		Wochenrate 5.50 M. Mark	

Mod. Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmer :: Anz. v. 60-120 M. an, Wochenrate 4 M.
Einzelne Möbelstücke Anzahlung 5.00 Mark, Wochenrate 1.00 Mark.
Farbige Küchen in grosser Auswahl, Anzahlung von 10 Mark an.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Sonnab. von 8-10 Uhr geöffnet

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugsquellen-Verzeichnis

:: Berlin-Süden ::

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Bäcker- u. Konditoreien Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Fildes in Seiden, Osten u. Umgebend. F. Klaffert Neukölln F. Radloff Nolln., Allerstr. 37 Auerkassengasse 10	Fleisch- u. Wurstwar. H. Kuntert Prinzessstr. 13 Heinr. Malzker Herrmannstr. 228 G. Wegner Karlshagen 16 F. Fiebig F. Fiebig F. Fiebig	Kaffee-Versand Gerold MAFFEE Bei gemeinamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94 Verlang. Sie Preisliste	Kolonialwaren, Delikat. A. Lehmann Britz, Chausseest. 75 Weine, Fruchtsäfte, Likör. E. & M. Leydicke Manteuffelstr. 56 Seifen Mariondorf Chausseest. 279.	Uhren, Goldwaren H. Fenske, Kottbus-Damm 90 streng reell, anerkant bill. Über-Schöneweide Schlichterstr. Wilhelmschhof, St. 41. Neukölln C. Dittmann Berlinerstr. 45 Wild - Geflügel - Fische. Treptow Feine Fleisch- und Wurstwaren. Willi Kärnbach Grätzerstr. 19 20 Tel. Nr. 10642
--	--	--	---	---

Die beste Reklame ist ein Inserat im Bezugsquellen-Verzeichnis

Eingegangene Druckschriften.

Lichtstrahlen. Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Nr. 6. Herausgegeben von Julian Vorwärts. Erscheint monatlich 25 Pf. — Selbstverlag in Berlin-Wilhelmsfelde, Hedwigtstr. 1.

Oesterreichs Erneuerung. Politisch-programmatische Aufsätze von Dr. R. Henner. 3 Bde. — F. Brand u. Co., Wien 6. Unsere Landwirtschaft in Gegenwart und Zukunft. Von C. F. Boden. 50 Pf. Verlag der „Deutschen Volkzeitung“, Hannover. Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 66-68. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Bong u. Co., Berlin W 57.

Internationale Rundschau. 2. Jahrg. 3. Heft. 80 Pf. — Art. Institut Drei Jügel, Zürich. Die Verwendungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten. Herausgegeben von F. Kraus. 455 S. — Verlag F. Kraus, Stuttgart. Den Sternen zu. Ein Schillerroman von Th. v. Kolo. 4 B., geb. 5 B. — Schuster u. Loeffler, Berlin W. 57.

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Damen-Konfektion

- Blusen Oberhemden, gute Zephyrstoffe, soweit Vorrat 1.75, 95 Pi
Blusen aus fest. Waschstoffen, 2.95, 2.50
Blusen in Matrosenform, aus Leinen und Baumwollstoffen 3.25
Blusen Waschvoile, moderne Macharten 4.75, 3.95, 2.95, 2.25
Blusen aus Washkrepp, hochgeschlossen 5.90
Blusen aus Damaststoffen, grosse Neuheit, weiss, blau, rosa 9.75
Blusen aus weicher Seide, in allen Farben vorrätig 10.50
Blusen gestickte Waschseide, mod. verarbeitet 12.50
Röcke gestreift und kariert, gute Stoffe 5.95
Röcke aus blauem Cheviot 6.90
Röcke blau und schwarz Gabardine, weite Glockenform 10.75
Frühjahrs-Jacken karierte u. glatte Stoffe 8.90

Schürzen

- Damen-Blusen-Schürzen Blaudruck Stück 2.75, 2.50, 2.25, 1.95
Damen-Blusen-Schürzen hell- und dunkelgestreift Stück 2.95, 2.65, 2.25
Damen-Blusen-Schürzen bunter Satin Stück 3.50, 3.25, 2.95
Damen-Hausschürzen Blaudruck Stück 1.75, 1.38
Damen-Hausschürzen hell- und dunkelgestreift Stück 2.95, 2.75, 2.50
Weisse Damen-Tee-Schürzen mit reicher Stickerei, Stück 2.50, 2.35, 2.00, 1.80
Bunte Damen-Tee-Schürzen Stück 1.95, 1.85, 1.65
Knaben-Schürzen mit grosser Spieltasche, Grösse 45, 50, 55 Stück 1.10

Leinen, Baumwollw.

- Hemdentuch Renforcee 80 Pi
Louisianatuch Kissenbreite 85 Pi
Louisianatuch Deckbettbreite 1.45
Stickerei-Coupon 4.10 Meter Coup. 98, 58 Pi
Stickerei-Coupon 3.05 Meter Coup. 1.28
Stuben-Handtücher 1/2 Dutzend 6.50, 6.00, 5.75, 4.90
Küchen-Handtücher Gerstenkorn 1/2 Dutzend 5.50, 5.00
Küchen-Handtücher Dreil-Gerstenkorn 1/2 Dutzend 6.25, 5.75
Wischtücher 1/2 Dutzend 2.50, 1.65
Rolltücher Gr. 80/195 1.95 Gr. 80/150 1.45

Wäsche

- Hemden, Beinkleider und Nachjacken Stück 1.95
Hemden, Beinkleider und Nachjacken Stück 2.45
Hemden, Beinkleider und Nachjacken Stück 2.95
Damen-Nachthemden mit Languettenbesatz 5.75
Damen-Nachthemden mit Stickerei-ansatz 6.50
Damen-Nachthemden mit breiter Stickerei und Ausschnitt Stück 7.75
Garnituren Hemd und Beinkleid passend mit breiter Stickerei 6.75 5.50
Garnituren Hemd u. Beinkleid passend mit Stickerei und Banddurchzug 7.75



Jugendl. Schutenform handgenäht, mit Blumenranke u. Sammetband 7.95



Grosser Rundhut mit Blumenranke und Sammetband 12.50



Eleganter grosser Hut Tagal oder Litze mit Blumen u. Band garniert 14.50

Wasserdichte Regenmäntel bester Ersatz für Gummi 25.00



Fesche Bastform mit Band und Flügel garniert 4.95



Strohform mit flotter Bandschleife 6.95



Kl. Form handgenäht mit flott. Schleife u. Blumentuff 8.95

Gummitin-Mäntel in eleganter Ausführung 28.50



Untertaile „Elsa“ Vorderschluss mit reichhaltiger Stickerei-Garnierung 95 Pi.



Untertaile „Lisa“ amerikanische Form, aus gutem Wäschestoff, m. breiter Stickerei-Ein- und Ansatz 1.45



Untertaile „Marta“ Vorderschluss mit breiter Stickerei, Banddurchzug und Rückengarnierung 1.65



Untertaile „Lena“ Vorderschluss, Stickerei-Ein- und Ansatz und Rückengarnierung 2.15



Untertaile „Gerda“ amerikanische Form mit Banddurchzug, breitem Stickerei-Ein- und Ansatz 2.25



Untertaile „Irma“ Blumenform mit schrägen Ausschnitt, breiter Stickerei und Rückengarnierung 2.95

Bäcker- und Konditoreien. Bäckerei Nordstern. Inh. Gust. Müller. Filialen im Süden, Osten u. Westen. Mariebude. Haus- u. Küchengerät, Glas und Porzellan. Carl Zerbe. Schuh- u. Besohlenst. J. Heinrich.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten. Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Butter, Eier, Käse. P. H. Ackermann, 8 Filialen. Fleisch u. Wurstwaren. G. Tschl. Kolonialwaren. Erich Bartsch, Berlin NO. Mehlmahlung. Mohlkorn. Photograph. Ateliers. Warenhäuser.

Kaffee-Versand Gerold. Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung. Mohnschönhausen Adler-Apotheke.

Den Genossen im Felde. ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein. Darum sendet ihnen regelmäßig die Neuerscheinungen der parteigenössischen Literatur des Krieges. Sie sind zu beziehen durch die Zeitungsausträger oder direkt durch die BUCHHANDLUNG VORWÄRTS BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmacken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Geberl. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medi-

zischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Unterzeichneter bestellt:
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
geb. zum Preise von 4,50 M.

Wir bitten deutlich zu schreiben!

Name:

Wohnung:



Gute Bücher

zu herabgesetzten Preisen, soweit der Vorrat reicht, liefert die
Buchhandlung Vorwärts, Berlin
SW. 68, Lindenstraße 3

- Dygafinski, Adolf, Lebensfreuden. Mit Buchschmuck. Statt M. 4,— für M. 2,—
Professor Arnold Dodel schreibt: Zunächst auch freudigen Gruß an den sinnigen Autor, der in eigener Art zum Prediger des Lebens, zum ernst-beherzten Säger hier geworden ist. Das Buch hat mich erwidert und erfreut, als wäre's goldener Sonnenschein aus blauem Himmel. Das Buch verdient den Dank aller sinnigen Naturfreunde — und den Verleger nicht minder, der jenes so schön ausgestattet.
- Berg, Leo, Deutsche Märchen des 19. Jahrhunderts. Gebd. statt M. 3,— für M. 1,50
- Brausewetter, C., Meisternovellen deutscher Frauen. Mit Charakteristiken der Verfasserinnen und ihren Porträts. 2 Bde. Gebd. statt M. 14,— für M. 7,—
- Jotai, M., Wir bewegen die Erde. Statt M. 2,— für M. —,50
- — Das Herz auf der Stirn. Gebd. statt M. 1,— für M. —,50
- Großmann, Stefan, Die Gasse. Statt M. 2,— für M. —,50
- Morris, W., Eine königliche Lektion. — Ein Traum von John Ball. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50
- Pontoppidan, H., Aus ländlichen Hütten. Gebd. statt M. 1,— für M. —,50
- Schweichel, R., Die Wildheuerin. — Schmuggler. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50
- Tosstoj, L., Reise Lehren. Gebd. statt M. 3,— für M. —,50
- Cewes, G. H., Goethes Leben und Werke. 2 Bde. Gebd. statt M. 6,— für M. 3,—
Die mit literarischen und kritischen Anmerkungen versehene Ausgabe ist eine der besten Goethe-Biographien.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Maslem
Die neue „Problem“

Qualitäts-Cigarette.



Kreuz und quer durch den Baltan

Eine Reisebeschreibung von Ludwig Lessen — Mit Zeichnungen v. Ilse Schöne-Schur
Gebunden M. 1,50
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 3, Laden

haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passenden gearbeitete Stützsohlen sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützvorsetz u. Stützel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Sandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Centrum: Albert Schmitt, Adlerstr. 174, am Roppenplatz. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Scharnhorststr. 42, an der Grottenanlage. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Ringstr. 21, Hof rechts part. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
4. Wahlkreis: O. Henri Robert Engels, Marchenstr. 86. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr. — Karl Reile, Petersburgerplatz 4, (Laden). Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
4. Wahlkreis: S. Adolphi, Paul Böhm, Kaufplatz 14/15. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Jannaystr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
6. Wahlkreis (Nord): Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Wedding: A. Schmitt, Müllerstr. 34a, Ecke Ulbrichtstr., Laden. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Rosenthaler und Graniener Vorstadt: A. Bolgah, Wallstr. 9. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Gesundbrunn: Richter, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Schönehauser Vorstadt: Karl Marx, Grelshagenstr. 22. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Adlershof: Carl Schwargasse, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Alt-Hörsing, Falkenberg: Wilhelm Däre, Köpenicker Str. 6.
- Baumsehlenweg: G. Hornig, Marienbader Str. 13, l.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Heinrich Bros, Wühlentz. 5, Laden.
- Bohnndorf: Paul Grieb, Solmsdorf, Gensowenstraße 5, Paradies.
- Charlottenburg: Gustav Scharndorf, Seidenstr. 1. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Biehvalde, Schmückwitz: Oskar Reble, Bismarckstr. 4.
- Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Wulstr. 11.
- Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwaller, Petersbogen.
- Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Bernis, Alsenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche-Kl.-Schönebeck: Ernst Westmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
- Grünau: Franz Klein, Friedr. 10.
- Johannisthal, Rudow: Rag Gonißur, Poststr. 23.
- Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofsstr. 28.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Ludenwalder Straße 5.
- Köpenick: Emil Sikler, Steyerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkrantz, Alt-Borsig 36. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Nahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Heßberg, Kaufsdorf, Herdmanndstraße 17.
- Barndorf, Borsigfelde: August Reib, Chaußestr. 29.
- Neuenhagen, Hoppegarten: Boisacq, Schmidtstr. 20.
- Neukölln: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Neukölln, Fritz: Bohr, Steglitzstraße 28/29. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Nieder-Schönweide: Wilhelm Urub, Seidenstr. 10, ll.
- Nowawes: Carl Rohndorf, Friedr. 27.
- Ober-Schönweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wühlentz. 21. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: A. Guriß, Grobstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11—12 $\frac{1}{2}$ u. 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Schenkendorf, Adolphi-Butterbauern: E. G. Antik, Dorstr. 10.
- Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ und von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Schumacher, Dreifeldstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Klein, Alt-Borsigwalde, Mühlstraße 10. Geöffnet von 11—12 $\frac{1}{2}$ u. von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Teltow: Lenjner, Havelstr. 2.
- Tempelhof: Joh. Krohn, Brandstr. 62.
- Treptow: Rob. Gramenz, Seehofstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Weißensee, Heinersdorf: Gust. Rogoski, Berliner Allee 11.
- Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 17.
- Zeuthen, Hiersdorf: W. Schulz, Reuthen, Bieschstr. 16.
- Zossen: Künneke, Lindenstraße 27.